: antifaschistische nachrichten

Nr. 7

g 3336 7.4.2005 21. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Zoff in der FPÖ

ÖSTERREICH/WIEN. Otto Scrinzi, ehemals Nationalrat der FPÖ, hat sich in einem Interview mit der „Deutschen National-Zeitung“ des DVU-Chefs Gerhard Frey zur aktuellen Situation in der FPÖ geäußert. Scrinzi, ein ehemaliges NSDAP-Mitglied, das auch schon beim „Freiheitlichen Kongreß“ der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ aufgetreten war, sieht in dem Wiener FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache einen „Hoffnungsträger“ für die FPÖ. Der hatte unlängst mit einem Plakat mit dem Titel „Wien darf nicht Istanbul werden“ Anstoß erregt.

Am 23. April trifft sich die FPÖ zu einem vorgezogenen Parteitag in Salzburg. Wenn „sich die nationale Linie von Mölzer, Stadler, Strache“ durchsetze, so Scrinzi, werde „damit eine Basis für einen Neuanfang geschaffen“. Allerdings sei ein Austritt aus der Regierung mit der ÖVP notwendig. Denn aus der Regierung fliege die FPÖ, „so oder so nach den nächsten Nationalratswahlen raus“. Der Kärntner Landeschef Jörg Haider habe mit seiner „grenzenlosen Selbstverliebtheit“ die treuesten Anhänger „verprellt“. Erst kürzlich wurde der frühere Haider-Berater, Andreas Mölzer, einziger FPÖ-Abgeordneter im Europaparlament und Chefredakteur des österreichischen „Junge Freiheit“-Ableger „Zur Zeit“, aus der Kärntner FPÖ ausgeschlossen. Wegen wiederholtem „parteischädigenden Verhalten“.

Haiders Schwester, die FPÖ-Bundesparteichefin Ursula Haubner, will Mölzer auch aus der Bundespartei ausschließen. *hma* ■

Inhalt:



Über 30.000 Menschen kamen insgesamt zu den Aktionen der Friedensbewegung an den Ostertagen. Hier der OstermarschRuhr/Rheinland am 26.3. in Düsseldorf ***Foto: arbeiterfotografie***

Neonazi ersticht Punk – 4000 Menschen demonstrierten

Am 28. März gegen 19.00 Uhr trafen ein 17-jähriger Dortmunder Neonazi und seine 16-jährige Freundin in der U-Bahn Station Kampstraße mitten in der Dortmunder City auf den 32-jährigen Punk Thomas S. Laut Aussage der Dortmunder Staatsanwaltschaft kam es dort zunächst zu einer verbalen Auseinandersetzung, in deren Verlauf dann der Neonazi auf Thomas S. mit einem Messer einstach. Das Pärchen floh anschließend Richtung Hauptbahnhof und konnte von der Polizei verhaftet werden. Thomas S. verstarb noch am selben Abend im Krankenhaus. In ihrer Fahndungsmeldung beschrieb die Polizei den Täter wie folgt: „ca. 180 cm groß, korpulent, Glatze, 3-Tagebart, vermutlich Deutscher, schwarze Bomberjacke mit unbekanntem Aufdruck, helle Jeans, klobige Schuhe“. Laut Westfälischer Rundschau vom 30. März ist der Täter „der rechten Szene zuzuordnen“, die Staatsanwaltschaft schweigt auch zwei Tage nach dem Mord über den politischen Hintergrund der Tat.

Als erste Reaktion auf den Mord hielten etwa 70 FreundInnen und Bekannte des Ermordeten am Nachmittag des 29.3. eine Gedenkkundgebung in der U-Bahnstation ab. Am Tatort erinnern Blumen und Kerzen an Thomas S. Bereits während der Kundgebung versuchten einzelne Neonazis die Trauernden zu provozieren, einem anderen posting zufolge versuchten 10-15 Neonazis noch in der Nacht die Gedenkstätte zu verwüsten, sie konnten allerdings von den Anwesenden vertrieben werden.

Dass der Mord ausgerechnet in Dortmund passierte, ist kein Zufall. Während der Dortmunder Staatsschutz trotz zahlreicher Aufmärsche und Übergriffe noch keine feste Neonazi-Szene entdecken konnte, bezeichnet der Verfassungsschutz NRW die Dortmunder Neonazis als die aktivste und mit bis zu 60 Personen größte Szene in NRW. Neonazistische Übergriffe auf Punks und MigrantInnen gehören in Dortmund zum Alltag, mit polizeilich geschützten Gegenkundgebungen versuchen die Neonazis regelmäßig antifaschistische Veranstaltungen zu stören.

Erst am vergangen Freitag feierte die Dortmunder Neonazi-Szene im „Deutschen Hof“ auf der Mallinckrodtstraße den Gründungstag der „Borussenfront“. Trotz Anwesenheit der Polizei konnten mehrere Neonazis einen Migranten verprügeln. Im späteren Verlauf des Abends wurden 21 Neonazis nach Auseinandersetzungen mit der Polizei verhaftet.

weiter Seite 3

„Union“ gibt sich europäisch

Italien/Südtirol. Gescheitert ist ein Versuch der „Union für Südtirol“ auf dem kürzlich in Bozen durchgeführten „Dreierlandtag“ auch einen Antrag für eine Begnadigung der „Südtiroler Freiheitskämpfer“, gemeint sind die Südtiroler Bombenleger der 60er Jahre, zu stellen. Die vorbereitende Kommission des Sprach- und Ländergrenzen übergreifenden Parlaments hatte den Antrag erst gar nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

Aber die „Union für Südtirol“ um Eva Klotz, in der Vergangenheit auch schon Referentin beim neofaschistischen „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG) und dem – später verbotenen – „Verein Dichterstein Offenhausen“, bemüht sich auch um Einfluss aufs Europaparlament. Die „Union für Südtirol“ ist Mitglied der „Europäischen Freien Allianz“ (EFA), die sich wenige Monate vor der letzten Europawahl formierte. Für die EFA sitzen zwei Waliser, ein Schotte, ein Baske, ein Katalane, ein Flame und eine Litauerin im EU-Parlament. Mehr als 20 regionalistische Parteien gehören der EFA an. Darunter auch die „Partei Deutschsprachiger Belgier“, die „Scottish National Party“ und die baskische „Eusko Alkartasuna“. *hma* ■

Trennung im „Haus Schlesien“

Königswinter. Die „Landsmannschaft Schlesien“ mit Sitz im „Haus Schlesien“ in Königswinter muss sich ein neues Domizil suchen. Der Verein „Haus Schlesien“ und die „Landsmannschaft Schlesien“ hätten sich „einvernehmlich“ über die Beendigung des Mietverhältnisses zum 31. Dezember 2005 geeinigt, heißt es im aktuellen „Brief aus dem Haus Schlesien“. Hintergrund des Streits ist das Engagement des Bundesvorsitzenden der „Landsmannschaft Schlesien“, Rudolf Pawelka (Leverkusen), als Aufsichtsratsvorsitzender der „Preußischen Treuhand GmbH & Co. KG a. A.“. Ausgestrahlte Fernsehberichte hätten den Eindruck vermittelt, das „Haus Schlesien“ sei mit der „Preußischen Treuhand“ verwoben. Dies sei nicht der Fall. Wenn auch „eine Spaltung in dieser Frage durch die Reihen der Schlesier“ verlaufe, sei es aber wichtig, „den Bestand des Hauses Schlesien als wirtschaftlich überlebensfähige Institution zu sichern“, heißt es in einer Erklärung des Vereinsvorstandes. *hma* ■

„Hochschule“ geplant

Viöl. Roland Bohlinger vom „Institut für ganzheitliche Forschung“ in Viöl bei Husum feiert einen weiteren Sieg über die Justiz. Erneut sei ein Verfahren wegen „Volksverhetzung“ gegen ihn „auf Kosten der Staatskasse“ eingestellt worden. Bislang sei er noch nie verurteilt worden, schreibt er in einem aktuellen Rundbrief. Trotz „hunderten von Ermittlungsverfahren und etwa 50 Hausdurchsuchungen“. Im Jahre 2000 hatte sich Bohlinger, der geschichtsrevisionistische Bücher und Nachdrucke antisemitischer und völkischer Werke vertreibt, mit seiner „Freien Republik Uhlenhof“ für „unabhängig“ erklärt. Nun hat er sich beim Kauf eines Gebäudes übernommen, in das die bislang 55 Kilometer entfernte Druckerei einziehen sollte und bittet nun seine Kundschaft um den Kauf von Büchergutscheinen, Darlehen oder Spenden.

Sollte er die Schulden bezahlen können, stellt Bohlinger langfristig den „Aufbau einer Hochschule“ mit „den Schwerpunkten Philosophie, Geschichte, Politik, Dokumentation, Publizistik, Erziehung, Brauchtum“ in Aussicht. *hma* ■

Schillout am Hafenrand

Hamburg. Am 23. Februar gab Hagen Riemann, Landesvorsitzender der Partei Rechtsstaatliche Offensive Hamburg, den Rück- bzw. Austritt von 233 Mitgliedern einschließlich aller Landesvorstandsmitglieder und sämtlicher Bezirks- und Ortsvorstände des Hamburger Landesverbandes der Partei bekannt. Der verbleibende Rest der, vom ehemaligen Amtsrichter Ronald Schill gegründeten, Splitterpartei besteht aus nunmehr zehn Mitgliedern, die sich von der neuen Vorsitzenden Helga Scheper koordinieren lassen.

Der Aufstieg des politischen Nobody „Richter Gnadenlos“ in der Hansestadt begann kometenhaft. 2001 hatte die Formation mit Ronald Schill an der Spitze bei der Bürgerschaftswahl noch sensationelle 19,4 Prozent der Stimmen einfahren können. Doch schnell trübten Zerwürfnisse die CDU-Schill-FDP Koalition, bis der „Bürgerblock“ im Dezember 2003 endgültig zerbrach. Wenige Tage später wurde Schill aus der von ihm selbst aus dem Boden gestampften Schillpartei ausgeschlossen. Eigenen Angaben zufolge lebt er jetzt auf Kuba. Ohne das Zugpferd „Richter Gnadenlos“ erzielte die Partei Rechtsstaatliche Offensive bei der Neuwahl 2004 nur noch 0,4 Prozent. Prominente Parteimitglieder gab es immer weniger: Dirk Nockemann wechselte im Herbst 2004 in die CDU, Ex-Bausenator Mario Mettbach war bereits unmittelbar nach der missglückten Neuwahl ausgetreten.

Am Schluss warteten die Mitglieder nicht einmal die Einberufung einer ordentlichen Mitgliederversammlung ab und führten die Abstimmung mit den Füßen durch. Als Grund für den Massenexodus nennt Riemann den Kurs des Bundesvorstands der „Partei Rechtsstaatliche Offensive“, der den „früher gepflegten Grundsatz“ der Abgrenzung gegenüber weiter rechts stehenden Organisationen aufgeweicht habe. Die PRO ermögliche inzwischen auch „ehemaligen Mitgliedern der Republikaner, der DVU und der Deutschen Partei“ einzutreten. Nach der Auflösung des Hamburger Landesverbandes der Republikaner in Richtung NPD, scheitert das nationalkonservative Lager hier erneut an der Polarisierung durch den Neonazismus. *kun* ■

Aufmarsch der SS-Veteranen in Lettland

Riga. Im Vorfeld der großen Feiern zum 60. Jahrestag seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zogen Veteranen der lettischen Legion der Waffen-SS und Ultranationalisten am 16. März unbehelligt durch Rigas Straßen. Geschützt von Polizisten zu Pferde und mit Hundestaffeln marschierten sie durch die Altstadt und legten am „Denkmal der Freiheit“ Blumen nieder. Hunderte Demonstranten protestierten gegen das jährliche Ritual, dabei wurden an die 30 Antifaschisten verhaftet. Zwar fand der Marsch schon in früheren Jahren zum Jahrestag der Kämpfe der Waffen-SS mit der Roten Armee statt – bis 2004 allerdings ohne offizielle Genehmigung durch die Behörden.

Im Aufmarsch der SS-Veteranen und nationalistischer Jugendorganisationen sieht Russland eine Duldung neonazistischer Tendenzen in dem Baltischen Staat. Lettland hat, wie Estland, schon

Fortsetzung von Seite 1

Der Großteil der Dortmunder Neonazis ist in der „Kameradschaft Dortmund" organisiert, die bundesweit bei allen wichtigen Szene-Events anzutreffen ist. Seit Jahren ist der Ex-FAPler Siegfried „SS-Siggi" Borchardt der führende Kopf der Gruppe. Ebenso wie Erich Dombrowski und Karin Lenzdorf wohnt Borchardt in unmittelbarer Nähe des „Deutschen Hof".

Ein Teil des neonazistischen Nachwuchs orientiert sich unter dem Label „Autonome Nationalisten – Östliches Ruhrgebiet" in Kleidung und Auftreten an linker Symbolik. Mit dem Szene-Laden „Buy or Die" auf der Rheinischen Straße, betrieben vom Dortmunder Rechten Peter Voss, verfügen die Neonazis zudem über einen festen Anlaufpunkt, wo sie rechte Musik und Kleidung wie z.B. T-Shirts, welche die britische Neonazi-Terrorgruppe „Combat 18" huldigen, erstehen können.

Die Begleitmusik zu Mord und Totschlag liefert die fest in europäische Blood & Honour Strukturen eingebundene RechtsRock-Band „Oidoxie" um Marko Gottschalk aus Dortmund-Brechten, die auch schonmal das verbotene RechtsRock-Lied „Hängt dem Adolf Hitler den Nobelpreis um" anstimmt.

Totschweigen seitens der Lokalpresse

Die öffentliche Berichterstattung über den Mord in den lokalen Medien beschränkt sich in allen Zeitungen auf kleine Artikel. Die zitierte Westfälische Rundschau bildet bereits die Ausnahme, wenn sie in einem Nebensatz auf den rechten Background des Mörders verweist. Seit einigen Jahren gibt es zwischen Polizei und Medien die Absprache neonazistische Gewalttaten und Aufmärsche zu verschweigen. Fühlen sie sich tatsächlich einmal genötigt über die Aktivitäten der Neonazis zu berichten, so wird die rechte Bedrohung verharmlost.

Zum Angriff auf den Migranten am vergangenen Freitag – wie gesagt wurden 21 Neonazis im Laufe des Abends verhaftet – schafft es die Lokalpresse zu behaupten: „Beim Stand der Ermittlungen kann nicht von einem fremdenfeindlichen Hintergrund ausgegangen werden".

Anstatt endlich einzusehen, dass das Beschweigen der Neonazi-Szene keineswegs dazu führt, die Aktivitäten oder die Attraktivität der Szene einzudämmen, es im Gegenteil eher zur Folge hat, dass nicht nur der Staatsschutz sondern auch der Großteil der Bevölkerung von der Bedrohung für all jene, die wie Thomas S. nicht ins neonazistische Weltbild passen, nichts wissen will, wird auch im Falle dieses Mordes der politische Hintergrund der Tat verschwiegen.

nadir-aktuell-redaktion, www.nadir.org ■

Trotz kurzfristiger Mobilisierung in nur vier Tagen haben am Samstag, den 2.4. mehr als 4.000 DemonstrantInnen ihre Wut und Trauer über die Ermordung von Thomas Schulz durch einen Neonazi auf die Straßen Dortmunds getragen. „Die erfreulich hohe Teilnehmerzahl hat unsere Erwartungen übertroffen" so Michael Laskowiak, Sprecher des „Antifa-Bündnis 28.3".

Noch am Tag vor der Demonstration hatten die Rechten erneut unter Beweis gestellt, das sie den Mord als Teil ihrer politischen Strategie begreifen: sie klebten Plakate, auf denen offen gedroht wurde, wer sich ihnen in den Weg stelle, müsse die Konsequenzen tragen.

aus der Pressemitteilung des Antifa-Bündnis Dortmund ■

---

mehrfach die russischsprachigen Bürger, die in beiden Ländern um die 30 Prozent der Bevölkerung ausmachen, mit Denkmalplänen für die Waffen-SS brüskiert. Demgegenüber verurteilt der ständige Vertreter Russlands in der OSZE, Alexej Borodawkin, alle „Versuche, die Ideologie und die Verbrechen des Nazismus zu rechtfertigen sowie die faschistische SS-Organisation und deren ehemalige Legionäre zu verherrlichen". Russland hatte bereits früher schon die Aufmärsche der SS-Leute „als unmoralisch, unzulässig und dem Urteil des Tribunals von Nürnberg zuwiderlaufend qualifiziert, das die SS zur verbrecherischen Organisation erklärt hatte", erinnerte der ständige Vertreter Russlands in der OSZE.

Besonders zynisch nehme sich der Umstand aus, so Borodawkin weiter, dass der Zug der SS-Legionäre in Riga diesmal im Vorfeld der 60-Jahr-Feier der Beendigung des Zweiten Weltkrieges stattgefunden habe. Der Diplomat erinnerte daran, dass der Rat der Außenminister der OSZE im Dezember 2004 in Sofia eine Erklärung zu diesem Datum angenommen hat. In dem Dokument heißt es unter anderem: „Wir trauern um Dutzende von Millionen Gefallenen, um die Opfer des Krieges, des Holocaust, der Okkupation und der Repressionen. Wir bewahren all denen ein ehrendes Andenken, die um den Sieg des Humanismus über Diktatur, Unterdrückung und Aggression kämpften. Die Zeit kann die Erhabenheit des von ihnen dargebrachten Opfers nicht mindern." Borodawkin äußerte die Hoffnung, dass die OSZE die faschistische Manifestation in Riga wie auch die im Januar in der Hauptstadt Lettlands begangene Schändung des Denkmals für die sowjetischen Befreiungssoldaten verurteilt.

kun (nach RIA „Nowosti" vom 21.2.05) ■

Politische Indifferenzen gegenüber „pro Köln"

KÖLN. Bislang galten Kontakte der etablierten Parteien zu der extrem rechten „pro Köln" als verpönt. Der rechtslastige Stadtverband der Jungen Union Brühl lud die Fraktionsvorsitzende von „pro Köln", Judith Wolter trotzdem zu einem Arbeitskreistreffen ein, was die Homepage von „pro Köln" genüsslich ausbreitet: „Eingeladen hatte der Vorsitzende des Stadtverbandes Brühl der Jungen Union, Ulrich Nagel, der vielen Inhalten der Bürgerbewegung pro Köln zustimmen konnte." Auch Fotos vom lustigen Beisammensein sind auf der Website von „pro Köln" zu finden. Gegenüber dem Kölner Stadtanzeiger verteidigte Nagel die Einladung: Es sei in seinem Ortsverband üblich, sich mit politisch Andersdenkenden auseinander zu setzen, sagte Nagel. Die „populistische" Vermarktung des Gesprächs durch „pro Köln" wies er zurück, ausländerfeindlichen Formulierungen habe man deutlichen Widerstand entgegengesetzt.

Vom Verhalten ihrer Brühler JU-Kollegen distanzierte sich der Brühler CDU-Stadtverband und die Junge Union (JU) Köln. „Die demokratischen Parteien im Rat der Stadt Köln haben sich auf ein Konzept der politischen Ausgrenzung in der Ratsarbeit geeinigt, das wir vernünftig finden und unterstützen", erklärte der Kölner JU-Vorsitzende Hans-Peter Bröhl. „Mit rechtsradikalen Vereinigungen möchten wir weder zusammenarbeiten noch in Diskussionsrunden beieinander sitzen – das gilt auch für die Jugendorganisationen der Parteien." Ob mit dieser Erklärung der Unionsnachwuchs auf Linie gebracht ist, wird sich noch zeigen müssen. NRW-CDU-Parteichef Rüttgers versuchte, das Ganze herunterzuspielen als „Dumme-Jungen-Geschichte". Wer allerdings die Vorgänge in Berlin um den CDU-Bezirksbürgermeister in Steglitz verfolgt hat, der am 8. Mai unter anderem auch der deutschen Opfer der Roten Armee gedenken will, weiß, dass manch CDUler so weit nicht entfernt ist von dem, was aus der extrem rechten Ecke beharrlich gefordert wird. *kun* ■

NPD ruft europaweit auf

BERLIN. Trotz aller Proteste gegen den braunen Aufzug am 8. Mai vom Alexanderplatz zum Brandenburger Tor ruft die NPD weiter über die Kanäle des Internet zu einer inzwischen europaweiten Großdemonstration auf. Unter der demagogischen Losung „60 Jahre Befreiungslüge – Schluß mit dem Schuldkult" soll dort „Arbeit statt Vergangenheitsbewältigung" gefordert werden. Ob ein solcher

Aufmarsch überhaupt stattfinden oder verboten wird, will die polizeiliche Versammlungsbehörde erst kurz vor dem Termin entscheiden. Für das weitläufige Umfeld des Brandenburger Tores ist eine Kundgebung der Initiative „Europa ohne Rassismus" angemeldet.

Neues Deutschland vom 22.3.2005 ■

Breites Bündnis gegen faschistische Provokation am 16. April

ESSEN. Nach den Aufmärschen der NPD 2000 und 2001 wollen am 16. April 2005 wieder Nazis in Essen marschieren. Der Aufruf für den von zwei landesweit bekannten, einschlägig vorbestraften Neonazis aus Köln und Dortmund angemeldete Aufmarsch ist mit der Losung „Keine Waffen für Israel!" überschrieben. Hinter dem Aufruf, der Verschwörungstheorien gegenüber dem Staat Israel entwickelt und so auf subtile Weise Antisemitismus schürt, steht ein bundesweiter Aufruferkreis faschistischer Gruppierungen aus der militanten Neonazi-Szene. In rechten Internet-Foren zeichnet sich ab, dass der Aufmarsch viel Resonanz findet.

Doch auch die Gegenmobilisierung vor Ort ist breiter denn je. Der Runde Tisch für Menschenrechte hat das Bündnis „Essen stellt sich quer!" wiederbelebt und bereitet Gegenaktionen vor. In kurzer Zeit unterschrieben über 700 Personen den Aufruf „Essen stellt sich quer! Kein Platz für Neonazis und Rechtsextremisten in unserer Stadt". Darin heißt es: „60 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges und der Befreiung Europas von der Nazi-Diktatur schüren sie alten und neuen Antisemitismus. Sie missbrauchen Kritik an der Politik der USA und Israels für ihre anti-demokratischen Zwecke und Ziele. Mit ihrer Demagogie wollen sie neue Aktivisten und Wählerschichten gewinnen. Vor dem Hintergrund des 60. Jahrestages der Befreiung von Nazi-Regime und Krieg am 8.Mai sowie den Landtagswahlen am 22. Mai rufen wir die Essener Bevölkerung auf: Fordern Sie mit uns das Verbot der Nazi-Demonstration! Lassen Sie mit uns nicht zu, dass die Nazi-Demagogen sich in unserer Stadt ausbreiten! Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Beteiligen Sie sich an der geplanten Gegenveranstaltung!"

Zu den Erstunterzeichnern gehören die Vorsitzenden bzw. Geschäftsführer der Essener DGB-Gewerkschaften, die Superintendenten der Evangelischen Kirche, Otmar Vieth (Stadtdechant der Katholischen Kirche), Okur Mustafa (Vorsitzender der Türkischen Gemeinde Ruhr), Muhammet Balaban (Vorsitzender des Integrationsbeirates), Prof Dr. Martin Pfeffer (Rektor der Folkwang Hochschule), Bernd Schindowski (Ballett-Direktor) und Ropberto Ciulli (Intendant des Theaters an der Ruhr, Mülheim). Unterschrieben haben die Sprecher der Ratsparteien SPD, Grüne, PDS, DKP und AUF. Vertreter von CDU, FDP und EBB fehlen bisher allerdings, wenn man von wenigen Ausnahmen absieht.

Eindeutig geäußert hat sich jedoch auch der Rat der Stadt. PDS, DKP und AUF hatten bei der letzten Ratssitzung einen entsprechenden Tagesordnungspunkt beantragt. Der Oberbürgermeister schlug daraufhin eine Resolution vor, die einstimmig verabschiedet wurde. Auch der Rat fordert darin ein Verbot der Demonstration und ruft alle Essener Einwohnerinnen und Einwohner auf, sich gegen die geplante Demonstration zu wehren. Falls der Polizeipräsident die Demonstration aus rechtlichen Gründen nicht verbieten kann – und danach sieht es aus – wird es am 16. April sicherlich breite Protestaktionen geben.

Der Runde Tisch hat gleich nach Bekanntwerden der Anmeldung der Nazis für sämtliche in Frage kommenden Plätze in Essen Gegenkundgebungen angemeldet. Die Gegenaktionen sollen mit einer Kundgebung auf dem Willi-Brandt-Platz am 16.4. morgens beginnen. Anschließend ist eine Demonstration in die Nähe des Nazi-Aufmarsches geplant. Und auch in den Stadtteilen vor Ort soll deutlich werden:

Nazis sind in Essen unerwünscht!

Wolfgang Freye ■



NPD muss Unterschriftensammlung vorzeitig abbrechen

DÜREN. Aufmerksamen Antifaschisten ist es zu verdanken, dass am 29. März Neonazis in Düren nicht ungestört blieben. Drei Aktivisten aus dem Umfeld der NPD versuchten, im Laufe des Nachmittags Unterstützungsunterschriften für die Kandidaten der Partei zu sammeln. Hintergrund ist die bevorstehende Landtagswahl am 22. Mai.

Der Möchtegern-Landtagskandidat Rene Laube aus Langerwehe, der der neonazistischen „Kameradschaft Aachener-Land" zuzurechnen ist, wurde dabei von dem Stolberger NPD-Ratsmitglied Oliver Harf und einem weiteren Stolberger Neonazi unterstützt. Laube ließ keine Zweifel an seiner Gesinnung aufkommen. Mit seinem T-Shirt warb er für die britische Terrorgruppe „Combat 18" (Zu deutsch und im Klartext: „Kampfgruppe Adolf Hitler"). Nach spontanen und lautstarken Protesten von rund 15 Antifaschisten brachen die Neofaschisten ihre Unterschriftensammlung vorzeitig ab.

Da am 4. April die Einreichungsfrist für Wahlvorschläge endet, ist in den nächsten Tagen mit weiteren Versuchen der NPD zu rechnen, im Kreis Düren Unterschriften zu sammeln. Die Einwohner im Kreis rufen wir auf, der NPD keine Unterschriften zu leisten und bei Auftritten der Neofaschisten entschlossen zu widersprechen. Gelingt es der NPD nicht, bis Anfang nächster Woche die notwendigen Unterschriften zu sammeln, kann die Nazipartei im Kreis Düren nicht kandidieren.

Antifa Düren, 29. März 2005 ■

Doppelt so hoch wie die Statistik

DRESDEN. Die Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt, Amal, zählte in Sachsen voriges Jahr 150 Fälle rechtsextrem motivierter Körperverletzungen mit insgesamt 198 Opfern. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte vorige Woche auf Basis der Kriminalitätsstatistik erklärt, die Zahl rechter Gewalttaten sei von 69 auf 63 zurückgegangen. Amal registrierte bei den Übergriffen im vorigen Jahr einen leichten Anstieg. Im Jahr 2003 gab es lediglich 141 Fälle rechter Gewalt. Bei den 150 Übergriffen in diesem Jahr erlitten vier Menschen schwere Körperverletzungen. Die meisten Taten stellte Amal im Landkreis Sächsische Schweiz mit 24 Übergriffen fest. Es folgten der Landkreis Löbau-Zittau (22) und Görlitz (19). Die Dunkelziffer sei aber noch deutlich höher, da viele betroffene Ausländer aus Angst oder wegen schlechter Erfahrungen die Überfälle nicht bei der Polizei meldeten, sagte Amal-Sprecher Ingo Stange. Amal wird über das Civitas-Programm der Bundesregierung finanziert und hat Büros in Wurzen, Görlitz und Dresden, ist damit aber nicht in ganz Sachsen präsent. Amal unterstützt Opfer rechter Gewalt mit rechtlicher Hilfe sowie bei der Suche nach Zeugen, Anwälten und Psychologen und begleitet die Betroffenen zu Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten.

kun ■

Rechtsterrorist Mitarbeiter bei der NPD

Bei dieser Meldung in den Antifaschistischen Nachrichten Nr. 6-2005 fehlte leider die korrekte Quellenangabe: am, in ‚blick nach rechts' 5-05, www.bnr.de ■

Positive Bilanz der Ostermärsche

60 Jahre nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus und dem Ende des zweiten Weltkrieges knüpften die gut besuchten Kundgebungen und Demonstrationen an den damaligen untrennbaren Konsens an: Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg. Die in unserer Gesellschaft immer noch große Skepsis gegenüber Krieg und Militär ist auch ein Verdienst der Friedensbewegung in ihrer wechselvollen Nachkriegsgeschichte. „Krieg darf kein Mittel der Politik sein", erinnerten zahlreiche der Ostermärsche. Bei den Ostermärschen wie in ihren langjährigen Kampagnen für die Stärkung Ziviler Konfliktbearbeitung erweisen sich die Friedensinitiativen und -organisationen als unbedingt notwendiger „Stachel im Fleisch" der vorherrschenden Sicherheitspolitik, die gerade auch unter Rot-Grün die falschen Prioritäten setzt.



Protest in der Kyritz-Ruppiner Heide

Der langjährige erbitterte Widerstand gegen das „Bombodrom" bei Wittstock mit dem diesjährigen Motto „No Bombs" ist auch Widerstand gegen die weltweite Kriegsführungsoption, für die Kampfflugzeuge dort üben sollen. Die bei allen Ostermärschen laut gewordene Kritik an der exzessiven Rüstungsexportpraxis sollte die Koalition bewegen, sich an die eigenen Richtlinien für eine restriktive Exportpolitik zu erinnern. Dann müsste Rot-Grün als erstes Kanzler Schröder von seiner widersinnigen Idee der Aufhebung des europäischen Rüstungsembargos gegen China abbringen und dafür Sorge tragen, dass Kanzler und Verteidigungsminister sich bei ihren vielen Auslandsreisen nicht weiter als Handlungsreisende der deutschen Rüstungsindustrie gebärden.

Mit den Osteraktionen ist auch die zu wenig diskutierte künftige EU-Verfassung während des Ratifizierungsprozesses nochmals Thema geworden. Die Kritik am EU-Verfassungsentwurf richtet sich nicht gegen die Integration Europas sondern gegen die Weichenstellung für Aufrüstung und militärische Abenteuer. Die EU-BürgerInnen sollten anlässlich von Referenden über die Verfassung eine intensive Diskussion darüber führen können, welches Europa sie wollen. Mit einem möglichen Scheitern des jetzigen Verfassungsentwurfs verbinden Friedensinitiativen und GlobalisierungskritikerInnen die Hoffnung, dass die Grundwerte der Europäischen Union in Richtung soziale Gerechtigkeit, friedenspolitisches Engagement und zivile Konfliktbearbeitung korrigiert werden. Die EU-Regierungen müssten ggf. Nachsitzen und das Ergebnis kann nur besser werden. Europa sollte sich nicht bemühen, die Supermacht USA militärisch nachzuäffen, sondern seinen friedenspolitischen Einfluss durch eine Brückenfunktion zu den Ländern des Südens und der islamischen und arabischen Welt suchen.

Dies schließt deutlichen Widerstand gegen die von Präsident Bush angedrohte weitere „Verbreitung der Freiheit" z.B. gegen Iran und Syrien ein. Ein friedenspolitisch stark positioniertes Europa könnte seinen Einfluss dazu benutzen, demokratische Reformen der UN zu befördern, sie insgesamt zu stärken und auch Druck auf die USA auszuüben, sich an internationales Recht zu halten. Schlüsselpunkte dabei sind die Anerkennung des Internationalen Strafgerichtshofs und auch ein Einlenken zu atomarer Abrüstung bei der 60 Jahre nach Hiroshima anstehenden Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrages.

Manfred Stenner, Geschäftsführer des Netzwerk Friedenskooperative ■

Erklärung von Dortmund

verabschiedet auf dem Treffen der Hinterbliebenen von Kriegsendmorden der Nazis am Gründonnerstag

I. Kurz vor der Befreiung von Krieg und Faschismus wurden im Frühjahr 1945 noch Tausende Antifaschistinnen und Antifaschisten von den Nazis „ausgeschaltet" und ermordet. Während seit Herbst 1944 zahlreiche geheime Bemühungen von Naziobersn um eine Wende des Krieges – eine Wende zu einer Einigung mit dem Westen zur Fortsetzung des Krieges gegen den Osten, die Sowjetunion – unternommen wurden, ist gleichzeitig ein Mordfeldzug gegen deutsche und ausländische Antifaschisten und gegen deutsche Soldaten, die dem Wahnsinn ein Ende bereiten wollten, in Gang gesetzt worden. Die Nazis befürchteten, diese Kräfte, vor allem Arbeiterinnen und Arbeiter, könnten sich die Früchte des Sieges über den Faschismus durch gemeinsames Handeln für eine Zukunft in Frieden und Demokratie sichern wollen. So sollte ihr Mitgestalten an einer grundlegenden Wende und an einer Nachkriegszeit ohne Nazis und Militaristen verhindert werden. Diese Massenmorde wie auch die Massaker in den Konzentrationslagern und auf den Todesmärschen von den KZs nach Westen entsprachen dem Nachkriegs- und Überlebenskonzept des deutschen Faschismus. Gestapochef Müller hatte versichert: „Wir werden nicht den gleichen Fehler machen, der 1918 begangen wurde; wir werden unsere innerdeutschen Feinde nicht am Leben lassen."

Welche Zukunftsvorstellungen verbanden die Opfer dieser Massenmorde kurz vor Kriegsende?

Dieser Frage widmeten sich kurz vor Ostern 2005 in Dortmund deutsche und ausländische Antifaschisten auf einem internationalen Treffen, zu dem das Internationale Rombergparkkomitee eingeladen hatte. Teilgenommen haben auch die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer FIR und die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten und örtliche antifaschistische Initiativen und Historikerinnen und Historiker.

II. Bei dem Treffen im Dortmunder Rathaus wurden über 60 Tatorte von Kriegsendmorden in Deutschland benannt. Hinterbliebene der Opfer der Verbrechen und diejenigen, die heute in ihrem Sinne handeln, haben diese grauenvolle Bilanz zusammengetragen.

Fortsetzung Seite 6

Sie möchten nun von Dortmund aus mit den regionalen Hinterbliebenengruppen oder antifaschistischen Geschichtsarbeitern in Kontakt treten. Das Internationale Rombergparkkomitee, unterstützt von der VVN-BdA in NRW, setzt die Kontaktaufnahme zu Gruppen aus möglichst vielen Orten fort, an denen kurz vor der Befreiung noch Massenerschießungen stattfanden und Hitlergegner ermordet wurden. Diese Kontakte und Vernetzung soll gegen das Vergessen gerichtet sein und dem Erfahrungsaustausch dienen, wie Erinnerungsarbeit vor allem mit der Jugend erfolgen kann.

III. Notwendig ist auch, die Zusammenarbeit auch international fortzusetzen, denn die Kriegsendverbrechen wurden vor allem an ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern verübt. Es geht um die Verwirklichung des Vermächtnisses des antifaschistischen Widerstands in Europa, um die Wiederherstellung und Anwendung des antifaschistischen Konsenses „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus".

Die internationale Zusammenarbeit muss auch deshalb verstärkt werden, weil leider auch ein Europa des Friedens, ein Europa, das die Lehren von 1945 zieht, noch in weiter Ferne liegt. Die Pläne, eine EU-Verfassung zu schaffen, welche die antifaschistischen Grundpositionen aus deutschen Verfassungstexten ablösen und abschaffen soll – Verbot des Angriffskrieges und seiner Vorbereitung, Armeen nur zur Verteidigung, Sozialpflichtigkeit des Eigentums, Recht auf Arbeit, Verbot des Nazismus und Neonazismus, Bekräftigung der 1945er Befreiungsbestimmungen von Militarismus und NS-Regime – müssen auf den Widerstand der Antifaschisten stoßen. Das Anwachsen von Antisemitismus, Neofaschismus und Rassismus in ganz Europa, vor allem aber in Deutschland, ist alarmierend. Das Vermächtnis von 1945 gebietet, dem entschlossen entgegen zu wirken.

Nicht zugelassen werden darf auch die offene und schleichende Umwidmung der Erinnerungsarbeit und der Gedenkstätten hin zu einem „Gedenken", das auch die Täter als Opfer einschließt. Das EU-Parlament hat Anfang der 90er Jahre, als besonders in den neuen Bundesländern rechte politische Kräfte und auch solche der „Mitte" die Abwicklung und politische Umwidmung der KZ-Gedenkstätten betrieben, in einem einstimmig gefassten Beschluss den Schutz der Gedenkorte, die Bewahrung der Würde der Opfer und die Erinnerung an die Frauen und Männer, die durch den Naziterror ums Leben kamen, gefordert. Diese Forderung ist zu bekräftigen. Zu bekräftigen ist die Forderung: Für die Entschädigung der Opfer, für die Bestrafung der Täter.

Die Teilnehmer des Treffens von Dortmund bekräftigen 60 Jahre danach den Schwur der Häftlinge von Buchenwald, der auch das Vermächtnis der Opfer der Morde vor Kriegsende ist: „Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig."

Antifaschistische Gruppen und Initiativen sind aufgerufen, mit dem Internationalen Rombergparkkomitee in Dortmund zusammenarbeiten.
Interessenten können sich melden bei: Gisa Marschefski, Generalsekretärin des Internationalen Rombergparkkomitees, Caesariusstr. 3, 44309 Dortmund, Tel.: 0231/258545, E-Mail: vvn-bdanrw@freenet.de ■

Der Holocaust-Leugner Ernst Zündel hat zahlreiche Unterstützer in der Bundesrepublik

Bei seiner Ankunft am 1. März auf dem Frankfurter Flughafen wurde der deutsche Holocaust-Leugner und Hitler-Verehrer Ernst Zündel festgenommen und später nach Mannheim transportiert. Gegen Zündel liegt seit 1996 ein Haftbefehl des damaligen Staatsanwaltes Hans-Heiko Klein vom Amtsgericht Mannheim vor. Am 24. Februar hatte ein Bundesgericht im kanadischen Ottawa die Auslieferung Zündels angeordnet. Zur Begründung hieß es, Zündels Aktivitäten seien nicht nur eine Gefährdung der nationalen Sicherheit Kanadas, „sondern auch eine Bedrohung der internationalen Gemeinschaft".

„Die deutschwilligen Deutschen heißen Ernst Zündel in der Heimat herzlich willkommen", teilte der Antisemit Horst Mahler nach dem kanadischen Gerichtsbeschluss Zündels Ehefrau Ingrid Rimland am 28. Februar per Mail mit. Der Neonazi Christian Worch lamentierte in einer Rundmail an die „Lieben Kameradinnen und Kameraden", dass Zündels Abschiebung „ein Angriff auf die Freiheit schlechthin" sei. Worch: „Mit ihm sitzt die Freiheit hinter Gittern." Am 1. März veranstalteten rund 40 Neonazis aus den Reihen des „Aktionsbüros Rhein-Neckar" in der Mannheimer Innenstadt eine Solidaritätsdemo für Zündel und verteilten Flugblätter mit dem Titel „Freiheit für Ernst Zündel!".

Der gebürtige Schwarzwälder Zündel (Jg. 1939) wanderte 1958 im Alter von 19 Jahren nach Kanada aus. Er verließ die Bundesrepublik, weil er nicht in der „von den Amis aufgezwungenen Besatzungsarmee dienen wollte". 1976 gründete Zündel den Verlag „Samisdat Publishers Ltd", den er nach und nach zur propagandistischen Zentrale der Internationale der Holocaust-Leugner ausbaute. Drei Jahre später nahm Zündel an der Gründungsversammlung des geschichtsrevisionistischen „Institute for Historical Review" (IHR) teil.

In Kanada wurde Zündel wiederholt wegen seiner rechtsextremen Umtriebe angeklagt, aber immer nur zu geringfügigen Strafen verurteilt. Zu seiner strafprozessualen Unterstützung beauftragte Zündel 1987 den US-Amerikaner Fred Leuchter mit „Forschungsarbeiten" in Auschwitz, die dieser illegal ausführte. Das „Ergebnis" war die holocaustleugnende Schrift „Leuchter-Gutachten".

1991 wurde Zündel in München am Rande der revisionistischen Großveranstaltung „Wahrheit macht frei" verhaftet. Auch Zündels Rechtsanwalt Jürgen Rieger konnte nicht verhindern, dass dieser wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass und Beleidigung zu einer Geldstrafe über 12.600 Mark verurteilt wurde.

Seit Jahresende 1994 verbreiten Zündel beziehungsweise seine Ehefrau Rimland auch im Internet holocaustleugnende und NS-glorifizierende Propaganda.

Im Dezember 2000 scheiterten Zündels Versuche, die kanadische Staatsangehörigkeit zu erlangen, in letzter Instanz. Deshalb gab er im Mai 2001 seinen „Samisdat Publishers Ltd."-Verlag auf und siedelte zu seiner Ehefrau in die USA über. Am 5. Februar 2003 wurde Zündel in Tennessee wegen Verstoßes gegen die US-amerikanischen Einwanderungsbestimmungen verhaftet und nach Kanada abgeschoben. Der dort in Abschiebehaft einsitzende Zündel wurde vom kanadischen Geheimdienst als Gefahr für die öffentliche Sicherheit eingestuft. Dieser Auffassung folgte die kanadische Regierung im Mai 2003.

Zur Unterstützung von Zündel bei Gerichtsprozessen und zur Bewältigung der zu verschickenden holocaustleugnenden Schriften, Bücher und Videos reisten aus der Bundesrepublik immer wieder Gleichgesinnte nach Toronto, darunter der SS-Mann Hans-Rudolf von der Heide. Eine der treuesten Anhängerinnen Zündels war die im Jahr 2004 im Alter →

Aufruf zu einer Demonstration am 8. Mai:

Heisenhof dichtmachen!

Im Mai jährt sich zum sechzigsten Mal das offizielle Ende des Nationalsozialismus in Deutschland. Diesen Tag wollen wir als Anlass zu einer Demonstration gegen den Heisenhof nehmen. Der Heisenhof, ein von Rieger gekaufter Gebäudekomplex, ist heute einer der Sammelpunkte von NeofaschistInnen in der Region zwischen Bremen, Hannover und Hamburg. Er befindet sich in der Gemeinde Dörverden an der B 215 zwischen Barme und Hassel.

Diese Region ist nicht erst mit dem Heisenhof zu einem Schwerpunkt neofaschistischer Organisierung geworden. Schon länger fielen die offensiven Machenschaften vor allem der NPD/JN und der „Unabhängigen Bürgergemeinschaft" in Achim auf.

Der Heisenhof selber ist Teil eines ehemaligen Bundeswehrgeländes, auf dem vor 1945 die Verwaltung der Munitionsfabrik „Eibia" lag. „Eibia" war eine über- und unterirdische Fabrik, in der ZwangsarbeiterInnen vorallem aus Osteuropa arbeiten mussten. Die Schießpulverfabrik für chemische Produkte war die größte Rüstungsfabrik im Landkreis Verden und eine Tochtergesellschaft der Firma Wolf & Co. KG.gA in Wolfrode, deren Großaktionär ab 1926 die I.G. Farbenindustrie A.G. war. Am sechzigsten Jahrestag wollen wir an diesem Ort, der genau gegenüber dem Heisenhof liegt, den Opfern des Faschismus gedenken und an den Widerstand gegen die Naziherrschaft erinnern.

Im April 2004 ersteigerte der Hamburger Neonazi und millionenschwere Anwalt Jürgen Rieger für nur 255.000 Euro das 26.000m2(!) große Areal. Mit seinen vier gut erhaltenen Gebäudekomplexen ist der Heisenhof ein vielseitig nutzbares Nazizentrum.

Es ist kein Zufall, dass Jürgen Rieger ausgerechnet in dieser Region einen Gebäudekomplex erwirbt, da er auf die bestehenden Strukturen der NPD/JN zurückgreifen kann. Offiziell soll laut Rieger im Heisenhof ein Zentrum für „Fruchtbarkeitsforschung" entstehen. Aber wahrscheinlicher ist die Errichtung eines großen faschistischen Veranstaltungszentrums, in dem von Grill- und Sonnwendfeiern, über Schulungen und Tagungen bis hin zu Nazirockkonzerten mit mehreren hundert Teilnehmern alles möglich ist. Für die Region Verden/Dörverden bedeutet dies konkret: solange der Heisenhof existiert, muss mit einer starken Zunahme neonazistischer Aktivitäten gerechnet werden. Es werden sich vermehrt Neonazis in der Umgebung aufhalten und die Konfrontationen werden sich häufen. Diese reichen von Übergriffen nach Veranstaltungen, Wehrsportübungen bis hin zu gezielten Angriffen wie es auch schon in Hetendorf geschehen ist. Hetendorf war Riegers altes Nazizentrum bei Celle, das nach mehrjährigen Protesten geschlossen wurde.



Demonstration am 8. Mai 2005 um 13.00 in Hassel bei Verden
8. Mai 1945 - 2005 – 60 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus – bekämpft Faschismus und Krieg! Heisenhof dichtmachen!

Antifaschistisches Aktionsbündnis gegen den Heisenhof ■

Weitere Infos:
http//:bremen.antifa.net
http//:heisenhof-dichtmachen.tk
http//:heisenhof.info

---

von 90 Jahren in Düsseldorf verstorbene und bis zuletzt umtriebige Rechtsextremistin Renate Stahlschmidt. Bekannt gegeben wurde ihr Tod per Anzeige in der „National-Zeitung". Die Grabrede hielt der ehemalige Rechtsterrorist Manfred Roeder. Besonders engagiert war Stahlschmidt, Mitglied der NPD und der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO), in Sachen Fundraising für Zündel. Immer wieder ließ sie ihm namhafte Geldbeträge zukommen und half selbst mehrfach bei Postversandarbeiten in Toronto aus. Zu den Zündel-Spendern zählt auch ein Fabrikant in Leinfelden-Echterdingen.

Anton Maegerle
Leicht modifizierte Version einer Meldung aus dem „blick nach rechts"
Mit freundlicher Genehmigung des Autors ■

Neonazis auf der Buchmesse

LEIPZIG. Der Stand des Duisburger Unternehmen „Verlag und Agentur Werner Symanek" (VAWS) war nur ein Quadratmeter groß. Aber für die Firma zählt weniger, wie sie sich präsentiert, als vielmehr die Tatsache, dass sie auf der Buchmesse einen Stand hat: Immerhin zählt VAWS laut Verfassungsschutz zu den wichtigsten rechtsextremistischen Verlagen und Vertrieben in Nordrhein-Westfalen. „Wir kennen die Probleme, die es um die Firma gibt, aber wir haben keine rechtliche Handhabe, sie von der Messe auszuschließen", sagt Susanne Häusler, Sprecherin des Messemanagements. Das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz hatte den „rechtsextremistischen Hintergrund des Unternehmens bestätigt, stellte aber auch klar, dass keine Verbotsverfügung vorliege", sagt die Sprecherin. Der Messeleitung seien daher die Hände gebunden.

Zwei Bücher stellt der Verlag VAWS auf der Messe vor: „SPD - Eine kriminelle Organisation?" heißt das eine, „SED/PDS, DKP und Grüne - Kriminelle Organisationen?" das andere. Die acht Euro teuren Bücher entpuppen sich als billig gemachte Kompilationen von Zeitungsartikeln aus den letzten fünf Jahrzehnten über mehr oder weniger kriminelle Verfehlungen von Mitgliedern der jeweiligen Parteien. Ein ähnliches Buch über die CDU sei in Vorbereitung, erfährt man am Stand, auch an einem „Schwarzbuch Deutscher Bundestag" werde gearbeitet. Andere, bei VAWS verlegte Bücher wie das über Joseph Goebbels und über Künstler des Dritten Reiches, die laut Eigenwerbung des Verlages „im Völkischen Beobachter hochgelobt wurden" sollen in Leipzig nicht angeboten worden sein, ebensowenig wie die Tipps des Deutschen Rechtsbüros oder die im Haus verlegte Neonazi-Postille „Unabhängige Nachrichten".

Noch ein zweiter rechter Verlag ist auf der Leipziger Messe präsent – die Edition Antaios. Anders als der VAWS ist der Verlag aus Sachsen-Anhalt allerdings eher dem Spektrum der intellektuell geprägten Rechten zuzurechnen. In dessen Zeitschrift „Sezession" finden sich Essays und Aufsätze von wichtigen Vertretern der Neuen Rechten, die auch in der „Jungen Freiheit" schreiben, daneben Bücher über „Deutschlands Untergang" und den „Zusammenbruch" 1945 sowie der Band „Jüdischer Bolschewismus".

Vor sieben Jahren sorgte erstmals ein Messeauftritt des rechten Unternehmens auf der Düsseldorfer Popkomm für Schlagzeilen. Symaneks Firma, die auch Platten von rechten Rockbands verlegt, bekommt seitdem keinen Stand mehr auf der Musikmesse. *kun* ■

Neubeginn für die KZ-Gedenkstätte Neuengamme?

von Wolfram Siede

In der ersten Maiwoche wird die Hamburger KZ-Gedenkstätte Neuengamme zum nunmehr dritten Mal eröffnet. Genauer: Eine völlig neu konzeptionierte Ausstellung wird am 4. Mai der Öffentlichkeit übergeben. Der Festakt fällt zusammen mit dem 60. Jahrestag der Befreiung.

Die Lagergemeinschaft Neuengamme hofft auf „zahlreiche Teilnahme" von möglichst vielen Hamburgerinnen und Hamburgern: „Die vom Nationalsozialismus Verfolgten verdienen unsere Anteilnahme, und am 4. Mai 2005 haben Antifaschistinnen und Antifaschisten die vielleicht letzte Gelegenheit zur unmittelbaren Begegnung mit Überlebenden von Verfolgung und Widerstand." Außerdem gelte es den politischen Charakter der „Befreiung von Krieg und Faschismus" zu bewahren. Am 4. Mai 2005 wird die neugestaltete KZ-Gedenkstätte Neuengamme um 11.00 Uhr mit einer Gedenkveranstaltung eröffnet. „Wir würden uns über eine zahlreiche Teilnahme sehr freuen", schreibt Ulrike Jensen in einer Pressemitteilung im Namen der Arbeitsgemeinschaft.

Die Geschichte der KZ-Gedenkstätte beginnt 1981 mit der Eröffnung einer kleinen Dauerausstellung im so genannten Dokumentenhaus – eingeklemmt zwischen Gewerbeflächen, einer Gärtnerei und der Jugendvollzugsanstalten IX und XII. Bevor es also überhaupt zu einem ausgewiesenen Ort des Gedenkens, der Erinnerung und der Forschung kam, gingen drei Jahrzehnte großer Anstrengungen und enttäuschter Hoffnungen für die Überlebenden und ihre Verfolgtenverbände ins Land.

„Wie andernorts auch", schreibt der Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme Detlef Garbe, „tat man sich in Hamburg bekanntlich sehr schwer im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Dabei befand sich mit dem KZ Neuengamme in den eigenen Stadtgrenzen das größte Konzentrationslager Nordwestdeutschlands mit Zehntausenden von Häftlingen und über 85 Außenlagern." Doch die Abwehrreflexe gegen die eigene Verantwortung dominierten die politischen Entscheidungen bis weit in die achtziger Jahre, und dem KZ vor der eigenen Haustür nahm sich der Hamburger Senat nur unter großen Widerständen an. Lange galt Neuengamme, so Garbe, als „vielleicht eines der eklatantesten Beispiele der Nachkriegszeit für Vergessen und Verdrängen" [(1)].

Das zentrale KZ im Nordwesten

Der Wendepunkt datiert auf den 28. Januar 1984: Mehrere hundert Menschen besetzten das KZ-Gelände und protestierten gegen die Planungen des Hamburger Senats, die Stätten der Zwangsarbeit an einen Landmaschinenhandel zu verpachten. Innerhalb von nur drei Monaten unterstützten 12.000 Menschen aus 18 Nationen die Forderung nach einer würdigen Gestaltung der Gedenkstätte, darunter 500 ehemalige KZ-Häftlinge und Persönlichkeiten wie Willy Brandt oder Heinrich Böll. Darauf hin rang sich der Hamburger Senat zur Zusage durch, alle nicht zu den Strafanstalten gehörenden Geländeteile unter Denkmalschutz zu stellen und das baufällige KZ-Klinkerwerk zu erhalten.



Das Klinkerwerk und die 1994 rekonstruierte Gleistrasse sind deshalb bedeutsam, weil sie den besonderen Charakter der Gedenkstätte Neuengamme ausmachen. Anders als Auschwitz-Birkenau oder Treblinka war Neuengamme nie Tötungsfabrik.. Neuengamme steht für das von der SS geprägte System der „Vernichtung durch Arbeit". Das bedeutet, Tod durch Hunger, Kälte, unzureichende medizinische Versorgung und mörderische Arbeit. Von den 106.000 Internierten wurden mehr als die Hälfte auf diese Weise ermordet.

Vom Konzentrationslager zum Knast

Erinnerung lässt sich nicht verordnen, heißt es. Doch ist damit gemeint, dass die Orte des Gedenkens der Politik regelrecht abgerungen werden müssen? Vom Senatsbeschluss, die Vollzugsanstalt XII zu verlegen, bis zur Räumung der früheren SS-Garagen und Werkstätten vergingen abermals vierzehn Jahre. Anfänglich zeigte sich die Hamburger Justizbehörde ausgesprochen uneinsichtig. Aber konfrontiert mit internationalen Protesten in den 1970er- und 1980er-Jahren, erodierte die Behördenlogik. Fachtagungen und Symposien taten ein übriges; schließlich begann man selbst im Rathaus vom „schädlichen Nebeneinander von Haftanstalt und Gedenkstätte" zu sprechen. Im Juli 1989 erklärte der Hamburger Senat dann, das ehemalige Häftlingslager zu räumen, damit „die Würde dieser Stätte" nicht weiterhin durch Nutzung zu Vollzugszwecken „überschattet" werde.

Doch erst zwischen Dezember 2001 und September 2003 wurden die früheren SS-Garagen und Werkstätten von der JVA geräumt. In den ehemaligen SS-Garagen wird im Mai eine Ausstellung über die SS eröffnet, und in einem der zwei Steinblöcke aus dem Schutzhaftlager wird die neue Hauptausstellung zu sehen sein.





Der Würde der Opfer verflichtet

Einer Tradition der internationalen Lagergemeinschaft, Amicale Internationale KZ Neuengamme, verpflichtet, wird am 3. Mai eine Gedenkveranstaltung in Neustadt stattfinden, wo noch am 3. Mai

1945 bei einem britischen Luftangriff 7.500 Neuengamme-Häftlinge auf tragische Weise ums Leben kamen. [2]

In diesem Jahr der Hamburger Senat tritt zum ersten Mal selbst als Einlader und Veranstalter der Gedenkfeierlichkeiten auf. Bereits im November vergangenen Jahres schrieb die Senatskanzlei alle bekannten Überlebenden des KZ Neuengamme – insgesamt 1136 Personen weltweit – an und erreichte auf diese Weise auch die Überlebenden der Frauenaußenlager und alle jüdischen Überlebenden, die selbst nicht Mitglied in einem Verband der Amicale Internationale KZ Neuengamme (AIN) sind. Eine solche Einladungsaktion für KZ-Überlebende hatte es in Hamburg noch nie zuvor gegeben. Bislang, so Detlef Garbe von der Gedenkstätte Neuengamme, haben (Stand Ende Februar) 284 Überlebende zugesagt.

Dass sich weniger als ein Drittel aller Angeschriebenen zurückmeldete, hängt zum Teil mit der Senatseinladung selbst zusammen: Für Überlebende aus den USA, Israel wird ohnehin nur ein Reisekostenzuschuss gewährt, der die hohen Reisekosten nicht annähernd trägt. Mit der Zusage von über 216.000 Euro ist im Haushalt zwar mehr als Fünffache des Betrages von vor zehn Jahren vorgesehen, doch angesichts der großen Zahl der Verfolgten deckt dies noch nicht einmal die Reisekosten der KZ-Überlebenden aus Osteuropa.

Deshalb sollte die Senatskanzlei erst dann von einer „Einladung“ sprechen, wenn die Beteiligung der hochbetagten Überlebenden und ihrer Begleiter gewährleistet ist. Ob sich der Senat dem Dilemma knapper Finanzen über den fraktionsübergreifenden Spendenaufruf entledigt [3] oder ob ein weiterer Griff in die Stadt- und Bundesschatullen nötig wird, muss die Verfolgten und ihre Verbände nach den Jahrzehnten zur Schau gestellter Ignoranz nicht interessieren. Was zählt, sind die Ergebnisse. Wir sind gespannt!

(1) Detlef Garbe: Die Arbeit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme 1981 bis 2001. Rückblicke - Ausblicke. Eine Dokumentation der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, 2001. (Auszugsweise unter: [RTF bookmark start:]OLE_LINK1http://fhh1.hamburg.de/Neuengamme/Publikationen/96-03.html[RTF bookmark end:]OLE_LINK1)

(2) Wer Interesse hat mit den Kameraden der Amicale International und der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e. V. am 3. Mai 2005 nach Neustadt zu fahren, kann sich über *arbeitsgemeinschaftneuengamme@web.de* in eine Liste eintragen. Ob noch freie Plätze in unserem Bus vorhanden sind, wissen wir allerdings erst einige Tage vorher.

(3) Der „Spendenaufruf für Reisekosten von KZ-Überlebenden“ vom 2. März wurde u.a. unterzeichneten von Dr. Henning Voscherau, Bernd Reinert (CDU-Fraktion), Michael Neumann (SPD-Fraktion), Dr. Martin Schmidt (GAL-Fraktion). Ob die Spendensammlung darauf zielt, für alle der „1152 heute noch lebenden Häftlinge“ die Anreise zu ermöglichen, oder ob „nur“ die bisherige Unterfinanzierung ausgeglichen werden soll, lässt der Wortlaut des Aufrufes leider offen. Wer trotzdem spenden will, kann das unter dem Stichwort „Reisepatenschaften“ an den Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme e. V. BLZ: 200 100 20 (Postbank Hamburg), Kontonummer 399 109-208 tun.

Website zum KZ in den Adlerwerken

FRANKFURT. Der Verein Leben und Arbeiten im Gallus und Griesheim (LAGG e.V.), der aus einer Betriebsratsinitiative in den Adlerwerken entstanden ist, ist seit dem 24. März, dem 60. Jahrestag des Todesmarsches der Häftlinge des KZ „Katzbach“ in den Adlerwerken, mit einer Website zum Konzentrationslager online. Unter der Adresse **www.kz-adlerwerke.frankfurt.org** können sich Interessierte über das Konzentrationslager in den Adlerwerken im Frankfurter Gallusviertel informieren. Mit Aktionen und Plakaten an einigen Stationen des Todesmarsches hat der Verein am 60. Jahrestag der ermordeten Häftlinge des Konzentrationslagers gedacht. Unterstützt wurde er dabei an Galluswarte, Hauptbahnhof, Theater und Paulsplatz und in Hanau von AntifaschistInnen, in Dörnigheim hatte das DGB-Ortskartell mit aufgerufen. *LAGG e.V.* ■

Internationale Konferenz: NS-Opfer entschädigen - Täter bestrafen! 9. - 10. April 2005 Berlin

Auch 60 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus sind zahlreiche NS- Opfer ohne jede Entschädigung geblieben. Tausende NS-Täter mussten nie eine strafrechtliche Verurteilung fürchten. Schadenersatz für alle NS-Opfer und Strafverfolgung aller NS-Täter durch die Bundesrepublik Deutschland sind daher die zentralen Forderungen einer Konferenz, zu der wir vom 9. bis 10 April 2005 nach Berlin einladen.

In der Begründung zum Stiftungsgesetz zur Errichtung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ formuliert die Bundesregierung:

„Die Stiftung soll (...) ein abschließendes Zeichen für die umfassende Wiedergutmachung und Entschädigung nationalsozialistischen Unrechts in der Bundesrepublik Deutschland setzen. Die bisherigen Regelungen und Leistungen ergänzend, soll sie die Diskussion über weitere Maßnahmen beenden.“

Im Klartext: Kein weiterer Cent für die Überlebenden, und: Schluss der Debatte um Schadenersatz, so stellt sich die Bundesregierung die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus vor.

Die Konferenz bilanziert die bisherige Entschädigungspraxis der Bundesrepublik Deutschland. Vertreter zahlreicher Opfergruppen werden in Berlin Ihre Forderungen artikulieren und mit Überlebenden aus aller Welt koordinieren. Vertreter von Opferverbänden und deren Rechtsanwälte informieren über den aktuellen Stand von Entschädigungsverhandlungen und -klagen.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Konferenz widmet sich einer Zwischenbilanz zur Strafverfolgung der NS-Täter. Zum Beispiel wurde bis heute so gut wie kein Angehöriger der Wehrmacht von deutschen Gerichten für seine Verbrechen an der Zivilbevölkerung der besetzten Länder zur Rechenschaft gezogen. Wer Täter straffrei stellt, demütigt die Opfer.

Der geplante Ablauf und die vorgesehenen Themen sowie die Referentinnen und Referenten ist einer Broschüre zu entnehmen, die ihr hier downloaden könnt:

www.ns-opfer-entschaedigen.org

Die Konferenz wird organisiert von: Referat HU, Arbeitskreis Distomo (Hamburg), Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege (NRW), Support for Survivors of Nazi Persecution International (Baltimore / Köln) ■

Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals in Gefahr

Der Baudezernent des Landkreises Dahme-Spreewald hat in einem amtlichen Bescheid die Genehmigung zum Abriss der Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals erteilt. Damit kann der Eigentümer der Immobilie, der Leiter der Oberen Bauaufsicht im Land Brandenburg und fachlicher Vorgesetzter des Baudezernenten, das Denkmal, dessen Schutz im Jahre 2004 erst erweitert und durch Gutachten und Begründungen in Gerichtsurteilen in seiner Bedeutung gewürdigt wurde, zerstören und auf dem Gelände Privatvillen bauen lassen.

Es ist eine Schande, das Gedenken an die Opfer der Nazibarbarei, an den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands Ernst Thälmann und an die letzte, historisch bedeutsame Tagung unter seinem Vorsitz, an der auch 29 ehemalige Reichstagsabgeordnete teilnahmen, derart in den Schmutz zu treten. Mit Empörung und ernster Sorge müssen wir zusehen, wie sich der Neofaschismus in unserem Land bis hinein in die Parlamente wieder breit macht. Wortreich geben Politiker, die in der BRD Macht ausüben, zwar vor, dagegen aufzutreten. Wie jedoch sehen die Taten aus?

Wir rufen alle Menschen, die diese Entwicklung nicht wollen, zum Protest auf. Kommt am 17.4. 2005, 10.00 Uhr zur Protestdemonstration in die Bahnhofstraße Königs Wusterhausen (am Brunnen) und anschließend zur Kundgebung um 11.30 Uhr in Ziegenhals.

Vorstand des Freundeskreises „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ e.V. ■

„Die NPD wittert ihre große Chance..."

Gespräch mit Dr. Volker Külow, Abgeordneter im Sächsischen Landtag

Am 19.2. war Dr. Volker Külow Referent auf der Tagung der Antifaschistischen Nachrichten in Köln. Da er sein Referat weitgehend frei vortrug und eine Überarbeitung des Manuskripts zu einem Artikel zu zeitaufwendig gewesen wäre, stellte uns Volker Külow das nachfolgende Interview zur Verfügung, das im gerade in der ‚edition ost' erschienenen Buch „Volk am Rand" veröffentlicht ist. Es enthält im Wesentlichen all die Punkte, auf die Dr. Külow auch auf der Tagung einging.



Sie sitzen mit den zwölf Abgeordneten der NPD in einem Parlament. Sie mit der PDS allerdings links im Saal, genau vis à vis von der NPD. Wie müssen wir uns deren Parteigänger vorstellen? Wie treten sie auf, so lächerlich wie seinerzeit die DVU-Leute in Magdeburg?

Nein, das ist kein Vergleich. Lächerlichkeit entlarvt, aber macht nicht ungefährlich. Manche Hitler-Fotos aus der Zeit vor 1933, mit Frack und Zylinder, sehen grotesk aus. Aber das Lachen erstirbt, weil wir heute die Häutung kennen, die der Inszenierung folgte. Ich warne vor jeder Überheblichkeit, mit der die NPD und die übrigen rechtsradikalen Parteien noch immer betrachtet werden. Ihr bürgerlicher Habitus – Frack und Zylinder – wollen Seriosität, Handlungs- und Regierungsfähigkeit demonstrieren. Die NPD-Fraktion wirkt geschlossen und diszipliniert. Man spürt ständig die straffe Führung durch ihre intellektuellen Hintermänner wie etwa den aus dem Saarland stammenden Rechtsanwalt Peter Marx, der als Fraktionsgeschäftsführer eine Schlüsselrolle spielt.

Hinter Sachsens NPD stehen also nicht nur Sachsen?

Das kann man bei mindestens vier Abgeordneten, die aus dem Westen stammen, ohnehin nicht sagen. Es ist offenkundig, dass die NPD nach dem „Fanal von Sachsen" ihren Brückenkopf an der Elbe – geschützt von der Immunität der Parteibüros – zur heimlichen Parteizentrale ausbaut.

Bundesweit, vor allem wiederum im Westen, wurde ein ganzer Stab von Mitarbeitern zusammengekauft, um bei der Bundestagswahl 2006 die nächst höhere Stufe zu erreichen, also in den Bundestag einzuziehen. Wobei unter diesen neurechten Intellektuellen, wie sie sich selbst gern bezeichnen, neben dem bereits genannten Peter Marx mit Karl Richter, Sascha Roßmüller, Stefan Rochow und anderen auch Leute sind, denen gute Kontakte zur gewaltbereiten militanten Neonaziszene nachgesagt werden.

Im Übrigen erklärt die regionale Herkunft nicht die Interessenlage, der die NPD verpflichtet ist. Faschistische Formierung lässt sich landsmannschaftlich weder erklären noch eingrenzen.

Trotzdem ist der Hinweis auf die geographische Herkunft sinnvoll – und sei es nur, um dem vornehmlich im Westen geäußerten Vorhalt zu begegnen, „die Ostdeutschen" als ungeübte Demokraten, aber gelernte DDR-Bürger, hätten eine besondere Affinität zu Neonazis. Wenn die Häuptlinge aus dem Westen kommen, kann man wohl kaum von einer originär sächsischen resp. ostdeutschen „Krankheit" sprechen.

Interessiert die Mehrzahl der elf NPD-Männer und die eine NPD-Frau überhaupt, was im Hohen Hause verhandelt wird? Ist ihre „Arbeit" getan, wenn sie fünf Jahre lang ihren Spaß und die Diäten haben? Womöglich nach dem Motto. – Ob wir bei der nächsten Wahl noch hier sitzen werden, ist uns egal?

Das zu unterstellen wäre eine weitere Fehleinschätzung. Wir haben es nicht mit Hasardeuren zu tun, sondern mit überzeugten Vorreitern einer rassistischen, auf totale menschliche Verwertung abzielenden Gesellschaftsordnung. Das individuelle Potential der NPD ist dieser Vision gewidmet. Seit ihrem Einzug in den Sächsischen Landtag verfolgt die Partei ganz gezielt strategische Ziele: Kampf um die Straße, die Köpfe und die Parlamente. Auf neuem Niveau!

Sie beobachtet daher nicht nur das parlamentarische Geschehen genau, sondern versucht permanent, auch aktiv, zunehmend sogar aggressiv zu agieren. Dabei kann man ihr eine gewisse Geschicklichkeit nachsagen. Die NPD wittert ihre große Chance, von Sachsen aus zu einem Siegeszug durch die ganze Bundesrepublik aufbrechen zu können. Das ist ihr Plan.

Wie gehen die anderen Parlamentarier mit den ja wohl ungeliebten NPD-Abgeordneten um?

Formal zunächst korrekt, um jeden Anlass zu vermeiden, der den NPD-Abgeordneten Vorteile bringen könnte. Alles, was der NPD und ihren Abgeordneten nach Gesetz und Geschäftsordnung zusteht, erhalten sie. Allerdings bleibt mehr als ein Hauch von Zwiespältigkeit, denn bislang scheinen alle Parteien einschließlich der PDS vom offensiven und taktisch nicht ungeschickten Agieren der NPD überrascht. Dieser Überrumpelungseffekt manifestiert sich nicht zuletzt darin, dass selbst gezielte Tabubrüche und ein Vokabular im Umfeld der Volksverhetzung und Beleidigung bislang kaum gerügt wurden.

Beispiele?

In einer Rededebatte denunzierte der NPD-Abgeordnete Uwe Leichsenring – neben dem Fraktionsvorsitzenden Holger Apfel sicher der gefährlichste Mann der Neonazis – antifaschistische Demonstranten als „menschliches Strandgut". Erst als ich in meiner Funktion als Schriftführer den amtierenden Parlamentspräsidenten zum Handeln aufforderte, wurde der Redner unterbrochen; der fällige Ordnungsruf blieb allerdings aus.

Bei der Debatte zum 60. Jahrestag der alliierten Luftangriffe auf Dresden im Januar 2005 schien es dann aber anders zu sein?

Richtig, wobei sich die Bezeichnung „Debatte" bei diesem Skandal, der bundesweite Aufmerksamkeit erregte, eigentlich verbietet. Es war eine mit intelligenter Kaltblütigkeit inszenierte faschistische Provokation nach dem alten Motto von Goebbels, in den Parlamenten so viel Eklat wie möglich zu erzielen. Die NPD verweigerte sich bekanntlich zunächst einer Gedenkminute für die Opfer der Nazidiktatur, und dann sprachen die Abgeordneten Apfel und Gansel über den angeblichen „alliierten Bomben-Holocaust", was von allen anderen Fraktionen, aber auch von der Öffentlichkeit, als Volksverhetzung wahrgenommen wurde. Spätestens an dieser Stelle hatten sich die NPD-Parlamentarier auch für unbedarfte Gemüter als Parteigänger von Faschismus und Nationalsozialismus entlarvt.

Sie sprachen von den drei strategischen Säulen der NPD: „Kampf um die Straße, die Köpfe und die Parlamente." Das wird von der Fraktion im Parlament auf hohem Niveau weiter umgesetzt und forciert. Wie reagiert das Hohe Haus, wie reagieren die anderen Parteien darauf?

Es überraschte, wie schnell es der NPD gelang, eine Fraktion zu formieren und

diese mit Hinterland aufzustellen. Das straffe Regime im Parlament ist auf verschiedene Hauptziele ausgerichtet:

1. Die NPD sucht gesellschaftliche Mehrheiten. Dazu werden möglichst viele Themen mit einem sehr aggressiven Diskussionsstil – den die NPD selbst als „Wortergreifungsstrategie" bezeichnet – nationalistisch und sozialdemagogisch aufgeladen. Hier sind übrigens die Analogien zu den 20er/30er Jahren offenkundig.

2. Während man die PDS mit straffem Antikommunismus vehement bekämpft, versucht man die Erosion am rechten Rand der CDU voranzutreiben – wobei die Christdemokraten mit ihren Rot-Braun-Reflexen bislang eher hilflos wirken. So versuchen sie als Antwort auf diese Herausforderung nunmehr selbst verstärkt im Trüben zu fischen. Bei bestimmten Themen wie der Drogendebatte oder zum internationalen Terrorismus gab es nicht nur nach meiner Wahrnehmung kulturell und habituell sogar eine schwarz-braune Stammtischkoalition.

Das wirft die Frage auf, inwieweit die anderen Parlamentarier für NPD-Losungen anfällig sind.


NPD-Mann Apfel nach dem Wahlerfolg in Sachsen

Ich würde lieber formulieren, welche Abgeordneten der CDU bereit und in der Lage sind, Positionen zu vertreten, die gefährlich nah an die NPD heranreichen.

Was gewiss auch damit zu tun hat, dass sich die Parteien nicht generell über den Umgang mit der NPD einigten. Ausgrenzen, hörte man, sei keine Lösung. Still- und verschweigen auch nicht. In Bezug auf die DVU in Brandenburg hat man sich damit verrechnet. Fünf Jahre lang fand die Partei in den Medien nicht statt. Trotzdem wurde die Partei wieder gewählt. Welche Strategie empfehlen Sie?

Tatsächlich gibt es bislang weder innerhalb der einzelnen Fraktionen noch im Komplex der fünf Fraktionen der demokratischen Parteien ein wirklich abgestimmtes Konzept umzusetzen. Anfang Januar wurde aber zumindest von den Fraktionsvorsitzenden der fünf anderen Parteien eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, in der es hieß: „Trotz unterschiedlicher politischer Auffassungen sind wir uns darin einig, dass die Verteidigung der Demokratie Vorrang vor den Parteiinteressen haben muss."

Danach kam es zu einer deutlichen Verbesserung in der Kommunikation und zu einem besser koordinierten Verhalten gegenüber der NPD. Die Anträge der NPD wurden zwar alle abgelehnt und keine ihrer unrechtmäßigen Forderungen nach ihr angeblich zustehenden Sitzen in Ausschüssen erfüllt. Aber durch das bereits diskutierte Wahlverhalten war die NPD immer wieder in den Medien präsent.

In der PDS herrscht im Übrigen Einigkeit, keinem NPD-Antrag zuzustimmen, keine Absprachen zu führen und auch keinen NPD-Abgeordneten in welches Gremium auch immer zu wählen. Wichtig ist aber auch: Wir können und dürfen unser Stimmverhalten nicht vom absehbaren oder angekündigtem Votum der NPD abhängig machen, sondern müssen in jedem Fall eigenständig entscheiden.

Mehr noch als die Tatsache, dass die NPD ins Landesparlament einzog, erschreckte der Umstand, dass bei der Wahl des Ministerpräsidenten der Kandidat der NPD zwei Stimmen mehr bekam, als die NPD Fraktionssitze hatte. Das gleiche wiederholte sich bei der Wahl des Ausländerbeauftragten und später bei der Besetzung des Jugendausschusses. Inzwischen dürfte fast klar sein, woher diese Stimmen kamen. Und. Sind das nur vergrätzte CDU-Hinterbänkler, die von Milbradt kein Pöstchen erhielten? Was auch nicht gerade für das Demokratie-Verständnis dieser Leute sprechen würde.

Nach allen Regeln der Arithmetik und Logik können die Stimmen nur von der CDU kommen. Wenn sich der ehemalige Wissenschaftsminister Rößler genötigt sieht, einem Fraktionskollegen seinen Stimmzettel zu zeigen, um nicht als U-Boot verdächtigt zu werden, heißt das, man sieht das mittlerweile in der CDU wohl auch so. Gleichwohl werden noch immer Versuche unternommen, den Schwarzen Peter anderen Fraktionen zuzuschieben. Das Problem besteht nur darin, dass es in der CDU-Fraktion wahrscheinlich acht bis zehn unsichere Kantonisten gibt, denen ein derartiges Abstimmungsverhalten, das man sowohl als ehrlich als auch als obszön bezeichnen kann, zuzutrauen ist. Die Abgeordneten, die mit der NPD stimmten, sind keine Statisten in einem CDU-internen Machtkampf gegen Herrn Milbradt, sondern Handelnde, Zutreiber aus dem rechtskonservativen Lager, das seine radikalere Ausgestaltung mit Hilfe der NPD sucht.

Wie ernst ist die Ankündigung zu nehmen, alle Rechten könnten sich in einer Wahlpartei für die Bundestagswahl 2006 konzentrieren? Von der DVU gibt es in Richtung NPD bereits Signale. Bislang sind die Pläne am Widerstand der „Republikaner" gescheitert. Welche Prognose stellen Sie?

Man muss nichts prognostizieren. Die Ereignisse sprechen für sich. Es gibt ja bereits Wahlabsprachen, und das geschlossene Agieren der NPD wirkt auf das radikale Milieu stabilisierend, ja anziehend. Die rechtsextremistischen Fließtexte, die NPD-Parlamentarier mit hoher Sprechgeschwindigkeit im Dresdner Landtag vortragen, elektrisieren eine oft frustrierte Anhängerschaft. Sie war jahrelang im Abseits und nicht gesellschaftsfähig. Jetzt sieht sie ihre Repräsentanten auf der politischen Bühne, sozusagen in Frack und Zylinder, und das hebt das Selbstbewusstsein. Das ist der subjektive Faktor, der bei den kommenden Bundestagswahlen durchschlagen kann.

Die objektiven Faktoren sind schwerer zu beurteilen. In der sozialen Frage liegen sie auf der Hand. Die Brüchigkeit des gegenwärtigen Wirtschaftssystems lässt Wutempfinden und Strafgelüste aufleben. Wer arbeitslos ist, wer marginalisiert wird, sucht nach politischen Auswegen. Es sind oft Auswege, die den existentiellen Druck formal verwandeln: Rassismus gehört in dieses Repertoire, aber nicht nur dieser. Es setzt eine allgemeine Dezivilisierung ein, die sich nicht auf Ausländerhass und Antisemitismus beschränkt. Der Wirtschaftsdarwinismus, den die NPD lediglich eingefärbt hat und deutsch-exklusiv hält, während ihn andere einschränkungslos propagieren, nimmt überall Gestalt an.

Man muss sich nur einmal den kleinen Ort Zeißholz bei Kamenz anschauen. In diesem ehemaligen Braunkohledorf mit noch 200 Einwohnern haben am 19. September 2004 mehr als 40 Prozent die NPD gewählt.

In der Öffentlichkeit wird der Einzug der NPD ins Sächsische Parlament oft als Frontalangriff auf die Demokratie bezeichnet. Im bürgerlichen Lager tröstet man sich dennoch, der derzeitige Nazi-Durchmarsch in Parlamente sei nur eine temporäre Erscheinung ...

Die NPD ist eine verfassungsfeindliche Partei, die den Parlamentarismus in der Bundesrepublik nutzen will, um ihn anschließend soweit zu modifizieren, dass er seiner libertären, seiner freiheitsrechtlichen Elemente entkleidet würde. Es bliebe das rohe Gerüst einer brutalen Wirtschaftsdiktatur übrig, die seit dem 8.

Mai 1945 in Europa weitgehend gezähmt schien. Daraus machen die führenden Köpfe der NPD, die durch das Scheitern des Verbotsverfahrens in Karlsruhe 2003 natürlich Oberwasser bekommen haben, im Übrigen kaum einen Hehl.

Prognosen, dass der Vormarsch der Neonazis nur zeitweilig sei, halte ich für falsch und unbegründet. Ganz im Gegenteil: Ich befürchte, dass wir möglicherweise erst am Anfang einer Entwicklung stehen.

Die Analogien sollten nicht über-, aber dürfen auch nicht unterschätzt werden. Was im heutigen Rechtsextremismus politisch, programmatisch und ideologisch an den Faschismus anknüpft, ist oftmals theoretisch modernisiert, politisch durchgearbeitet und verbal angepasst worden. Dazu kommt die strukturelle Verankerung des rechtsextremen Milieus und die besondere Anfälligkeit weiter Teile der Jugendszene. Hier ist eine eigene politische Generation entstanden, für die die faschistische Wahl fast völlig enttabuisiert ist.

Können Sie dieses Phänomen bitte etwas näher erläutern?

Ein bloßes Phänomen ist das nicht. Das ist mit den Händen zu greifen. Die NPD verfügt nach langjähriger Aufbauarbeit über tragfähige Strukturen und eine funktionierende Vorfeldarbeit in Sachsen. Der Wahlerfolg ist Ausdruck einer soziokulturellen Verankerung der Nazis in einzelnen sächsischen Regionen, die sich nicht zuletzt in den Kommunalparlamenten widerspiegelt.

Die NPD wird in Pirna, im Muldentalkreis und anderswo von vielen Bürgern als Teil des demokratischen Parteienspektrums wahrgenommen. Besonders erfolgreich agiert die NPD unter Jugendlichen, hier spielen die sogenannten Freien Kameradschaften eine Schlüsselrolle. Vor allem über subkulturelle Mechanismen wie Musik, Lifestyle, über Bildungs- und Schulungsveranstaltungen sowie Gemeinschaftserlebnisse für Jung und Alt sickert rechtsextremistisches Gedankengut in die nachwachsende Generation ein.

Diese mehr untergründigen Einflüsse werden von Einflüssen überlagert, die sich der deutschen Hochkultur zurechnen. Es kommt zu einer Verstärkung, zu einer Bestätigung. Die Serie der NS-Geschichtskolportagen in den Kinos und im Fernsehen gehört in diesen Bereich.

Welche Möglichkeiten der Gegenwehr und des Zurückdrängens der Rechtsextremisten sehen Sie?

Wir haben es nicht mit einem eindeutig identifizierbaren Block gesellschaftlicher Organisationen zu tun, deren Angriff eine Masse Gleichgesinnter gegenübersteht, die sich verteidigen und die Gefahr eingrenzen will. Solche Vorstellungen vereinfachen die Wirklichkeit.

Was ist Rechtsextremismus, was ist Faschismus? Eine eigene Gesellschaftsformation, die aus dem Dunkel der Geschichte und aus dem Schmutz der Gosse tritt, um der Unschuld unserer Verfassungsgegenwart Gewalt anzutun? Oder eine Sumpfblüte eben jener Wirklichkeit, deren Teil wir sind?

Von den sozialen Bedingungen war schon die Rede. Die Nazis winken ihren Anhängern nicht mit dem Versprechen einer völlig neuen Wirtschaftsordnung, sondern mit der konsequenten und exklusiv verformten Umsetzung der bestehenden. Das erklärt die Grauzonen zwischen Rechtsextremismus und dem Personal der etablierten Parteien. Wenn man Rassismus und Rechtsextremismus bekämpfen will, muss man mit gleicher Schärfe die gesellschaftlichen Bedingungen attackieren, die beides befördern.

Versucht man sich vor Ort direkt mit den Rechten auseinander zu setzen, belegen alle Erfahrungen staatlicher und vor allem der nichtstaatlichen Arbeit, dass ihnen erstens möglichst die logistische Basis, z. B. durch Schließung ihrer entsprechenden Treffpunkte, entzogen werden muss.

Wichtiger noch ist aber, dass ein Gegenentwurf Platz greifen kann, also eine örtliche oder regionale Struktur demokratischer Kulturarbeit etabliert wird. Sind qualifizierte Angebote der Jugendhilfe und ein Problembewusstsein der Kommunalpolitik vorhanden, kann demokratische Jugendarbeit stattfinden.

Das Zusammenwirken verschiedener Fachbereiche und Verwaltungsstrukturen kann rechtsextreme Dominanzverhältnisse erfolgreich aufbrechen. Sachsen braucht aber nicht nur in den Kommunen, sondern gerade auch auf der Landesebene eine Politik, die eine echte Chance auf Veränderung von Meinungen, Mentalitäten und Wertvorstellungen ermöglicht. Bis dahin ist es allerdings noch ein langer Weg. Natürlich hält eine antifaschistische Partei wie die PDS die Weiterentwicklung eines zeitgemäßen und wirksamen Antifaschismus für dringend notwendig.

Dazu gehört gerade im Jahr des 60. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus das gründliche Lernen aus der Geschichte, d. h. eine kritische und selbstkritische Überprüfung des historischen Arsenals des Antifaschismus.

Interview:
Maxi Wartelsteiner ■

Jahresbericht über Rassismus und Antisemitismus in Frankreich:

Deutliche Zunahme der Delikte und der Beteiligung der extremen Rechten

Seit 1984 legt die „Nationale Beratungskommission für Menschenrechte" (CNCDH) alljährlichen einen Bericht über die Situation des Rassismus und Antisemitismus in Frankreich vor. Die Jahreszahl ist nicht vollständig zufällig, denn bei verschiedenen lokalen Wahlen des Jahres 1983 erzielte die rassistische extreme Rechte in Gestalt des Front National (FN) von Jean-Marie Le Pen ihre ersten Durchbrüche. Ihre Verankerung als politische Kraft wurde erstmals auf landesweiter Ebene bei den Europaparlamentswahlen vom Juni 1984 bestätigt. Der Aufstieg der Le Pen-Partei ging in den frühen 80er Jahren mit einer Welle rassistischer Gewalt vor allem gegen Algerier und Marokkaner in Frankreich einher.

Seit Beginn dieses Jahrzehnts werden antisemitisch motivierte Delikte in der Regel getrennt von den Ausdrucksformen der übrigen Typen von Rassismus aufgeführt. Das hängt natürlich damit zusammen, dass die Zahl der gegen französische Juden gerichteten Straftaten seit dem Herbst 2000 in besonderer Weise zugenommen hat. Diese separate Auswertung wird aktuell auch durch die größeren Zeitungen übernommen. (Vgl. „Libération" vom 21. März und „Le Monde" vom 22. März; in diesen Ausgaben stellen die beiden liberalen Zeitungen den CNCDH-Jahresbericht vor.)

Die CNCDH wurde ursprünglich 1947 gegründet, ihr erster Vorsitzender war der große Jurist und antifaschistische Widerstandskämpfer René Cassin. Sie ist ein regierungsunabhängiges und nicht weisungsgebundenes Sachverständigengremium, das jedoch dem jeweils amtierenden Premierminister als beratendes Organ zuarbeitet. Wie nunmehr seit einer Reihe von Jahren, legte die CNCDH auch in diesem Jahr ihren jährlichen Rassismus-Report zum „Internationalen Tag gegen Rassismus" am 21. März vor. Drei Tage, nachdem er an Premierminister Jean-Pierre Raffarin sowie die Presse übergeben worden war, wurde er auch ins Internet gestellt.

Deutliche Zunahme der Gesamtzahl an „Hasstaten"

Besonders in diesem Jahr weist der Bericht eine erschreckende Gesamttendenz auf: Er konstatiert einen globalen starken Anstieg der rassistisch oder antisemitisch motivierten Verbaldelikte (Propaganda mit Aufstachelung zum Hass, Beleidigung, Bedrohung) und auch der Körperverletzungs-Delikte.

Die Gesamtzahl der registrierten Straftaten unterschiedlicher Natur kletterte von 833 (im Jahr 2003) auf 1.565 (im Berichtszeitraum 2004). Dies entspricht einem Anstieg um 88 Prozent.

Die durch „Gewalt gegen Personen oder gegen Sachen" geprägten Delikte erreichten eine neue Rekordhöhe von 369 „Akten". Bei diesen Taten wurden insgesamt 56 Personen verletzt. Auch dies ist für französische Verhältnisse eine (traurige) „Rekordzahl", wenngleich nicht auch nur entfernt zu vergleichen mit dem Niveau der gegen Menschen gerichteten Gewalt im Deutschland der Jahre 1991 - 1994, also während der unseligen „Asyldebatte".

Antisemitisch motivierte Delikte

Die Zahl der gegen französische Juden gerichteten Verbal- und Verletzungsdelikte stieg insgesamt von 601 (im Jahr 2003) auf 970. Dies entspricht einer Zunahme um 61 Prozent.

Der steile Anstieg hängt vor allem auch mit der Welle von Friedhofsschändungen sowie der Schändung von Denkmälern etc. zusammen, die sich seit dem Frühjahr 2004 von Ostfrankreich her über das französische Staatsgebiet ausweitete. Es begann mit der Schändung des jüdischen Friedhofs von Herrlisheim (bei Colmar) in der Nacht des 30. April 2004, die nach derzeitigem Ermittlungsstand durch rechtsextreme Täter begangen wurde. Die nachfolgende Welle ähnlicher Taten „gegen Sachen" und jüdische Einrichtungen scheint jedoch unterschiedlich motiviert zu sein, es reicht von rechtsextremen Motiven bis hin zu vollständig irrsinnigen „Mutproben" bei Nachahmungstäterschaft. Die Welle von Friedhofsschändungen dürfte einen Großteil des Anstiegs bei den „Straftaten gegen Sachen" ausmachen.

Ein hoher Anteil der Straftaten gegen jüdische Personen findet hingegen im schulischen Milieu oder unter dem Einfluss von Jugendbanden statt, oft auch von Jugendlichen mit arabischstämmigem Migrationshintergrund (rund die Hälfte der ermittelten Tatverdächtigen: 104 von 209 Festgenommenen) ausgehend. Dabei handelt es sich um ein historisch neues Phänomen, das sich vor allem mit dem Wiederaufflammen des Nahostkonflikts jüngeres Datum (im Herbst 2000) in Windeseile ausbreitete.

Eine Verbindung zu dem anderswo stattfindenden, realen politischen Konflikt ist aber weitgehend abgerissen, und die gegen den jüdischen Bevölkerungsteil gerichteten Anfeindungen haben sich als eigenes Phänomen verselbständigt, wie auch die CNDCH notiert (die eine Gefahr „dauerhafter Verankerung auf hohem statistischem Niveau" feststellt). Nur noch ein „harter Kern" von mit dem Nahost-Konflikt verbundenen Auseinandersetzungen kann im engeren Sinne als politisch bezeichnet werden. Das gilt etwa für (mitunter militante) Zusammenstöße zwischen pro-palästinensischen Gruppen und den beiden rechtsgerichteten pro-israelischen Verbänden, dem paramilitärischen Bétar und der Ligue de défense juive (LDJ, Ableger der rassistischen Kach-Bewegung in Frankreich). Der Löwenanteil



Geschändeter jüdischer Friedhof im Elssass

der gegen französische Juden oder jüdische Einrichtungen gerichteten Delikte oder Gewalt hat jedoch heutzutage nichts mit diesem politischen Konflikt im engeren Sinne zu tun. Vor allem richtet sich ein beträchtlicher Teil der Aggression gegen Kinder und Jugendliche, oftmals von anderen Jugendlichen begangen.

Dabei stehen sich in den letzten Jahren häufig Angehörige von Minderheiten innerhalb der französischen Gesellschaft auf beiden Seiten gegenüber. Insofern hängt die hohe Zahl antijüdischer Straftaten nur noch partiell mit dem „Hass aus der Mitte der Gesellschaft" oder der klassischen extremen Rechten zusammen. Letztere hat sich aber im Jahr 2004 in höherem Maße wieder „eingeschaltet", vor allem seit dem Beginn der Welle von Friedhofsschändungen. Bei 163 antisemitisch motivierten Straftaten konnte jedenfalls eine Täterschaft von Aktivisten aus dem rechtsextremen Milieu nachgewiesen werden.

Jüngstes Beispiel

Auch im Jahr 2005 gehen solche Taten weiter. Die letzte bisher gemeldete stammt vom Mittwoch, 23. März 05: In der (sozial eher besser gestellten) Pariser

Vorstadt Levallois wurde gegen 19 Uhr abends ein schwerbehinderter 31-Jähriger angegriffen. Er wurde unter anderem mit den Worten „Dreckiger Jude, wir werden Euch aus Levallois vertreiben“ beschimpft, mit dem Tode bedroht und geschlagen. Bereits vor 14 Tagen war er attackiert worden, möglicherweise von (teilweise) denselben Tätern. Diese werden in der Presse als „eine Bande von an die 10 Jugendlichen“ beschrieben, über nähere Hintergründe ist bisher noch nichts bekannt. (Vgl. ausführlicher: „Le Parisien“ vom 25. März 05) Der junge Mann ist schwer behindert, weil er 1982 beim Bombenattentat in der rue Marbeuf verletzt wurde; damals hatte eine nicht näher bekannte nahöstliche Gruppe einen Anschlag auf eine pro-irakische Zeitung in Paris verübt.

Sonstige rassisitsche Delikte: Vor allem gegen Nordafrikaner und Moslems

Die übrigen rassistischen Straftaten (ohne die gesondert behandelten antisemitischen Taten) richten sich zum Großteil, mit 81 Prozent, gegen nordafrikanische Einwanderer oder gegen als „islamisch“ ausgemachte Einrichtungen. Darunter fallen in jüngerer Zeit vor allem auch Anschläge gegen Moscheen, deren Zahl seit 2003 deutlich zugenommen hat.

Ihre Gesamtzahl stieg von 232 (im Jahr 2003) auf 595, das entspricht einer Zunahme auf das Zweieinhalbfache. Damit wird der bisher gemessene, absolute „Rekordwert“ aus dem Jahr 1995 (526) überschritten. Besonders hervorgehoben wird die Zunahme der als „gravierend“ eingestuften Straftaten: „Körperliche Aggressionen, Brand- und andere Anschläge auf Gebäude“. An Straftaten dieser Art wurden 169 (in 2004) registriert, gegenüber 92 im Vorjahr 2003. Das entspricht einem Anstieg um 83 Prozent.

Besonders markant war die Zunahme der rassistischen Straftaten auf der Mittelmeerinsel Korsika, wo tatsächlich seit ein bis zwei Jahren eine explosionsartige Zunahme des (immer schon latent vorhandenen) antiarabischen Rassismus konstatiert wird. Insgesamt war der rechtsextreme Anteil an den rassistischen, vor allem gegen „Araber“ gerichteten Taten besonders hoch. 292 (von insgesamt 595) der in diesem Bereich verübten Taten können auf Aktivisten faschistischer Gruppierungen, meist aus dem militanten Spektrum am Rande oder außerhalb der Wahlpartei Front National, zurückgeführt werden.

Aktuelles Beispiel

Eines der Beispiele, das in jüngster Zeit seiner Aufklärung näher zu rücken scheint, betrifft den Anschlag auf zwei Moscheen bzw. moslemische Gebetshäuser im ostfranzösischen Annecy vom Frühjahr 2004. Der Verdacht gegen die drei am 10. Februar 05 festgenommenen Tatverdächtigen hat sich erhärtet. Alle drei gehören der rechtsextremen Szene an, einer der zwischen 23 und 27 Jahre alten Männer ist Berufsmilitär bei dem in Annecy stationierten Gebirgjägerbataillon.

Der Anteil der extremen Rechten

Insgesamt ist der Anteil der von Mitgliedern und Sympathisanten der extremen Rechten verübten Straftaten (der in den frühen 90er Jahren noch den Großteil der rassistischen und antisemitischen Delikte ausmachte, bis zu 90 Prozent) wieder stärker angestiegen.

Zwischenzeitlich war er durch die Explosion der „inter-kommunitären“, also zwischen Minderheiten der Gesamtgesellschaft ausgetragenen, Gewalt von seinem „Rang“ verdrängt worden. Oder wie es Sophie Klein ausdrückt, die im französischen Bildungswesen ein Programm für den Schulunterricht über die Shoah sowie über den Algerienkrieg entwickelt hat: „Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Kämpfe zwischen Banden um ein Territorium, grundlose Beschimpfungen vor dem Hintergrund anderer Ressentiments - die Grenzen verwischen sich. Die soziale Krise und die Segregationstendenzen gegenüber den Armen haben ein Wiederauftauchen von alten Formen der Unterschichten-Gewalt befördert, die mit allen möglichen Formen (sozialer) Pathologien einher gehen.“

Der Anteil von Delikten mit militant rechtsextremem Tathintergrund beträgt aktuell 30 Prozent; im Jahr 2002 betrug er noch nur 14 Prozent. Dies bezieht sich auf Aktivisten der extremen Rechten, in der Regel von ultrafaschistischen Splittergruppen (neben der Großpartei FN). Daneben stieg auch die Anzahl der rassistischen Delikte, die durch Personen verübt wurden, die als „Sympathisanten der extremen Rechten“ (d.h. wohl Anhängern ihrer Wahlparteien) gelten, von 28 (im Jahr 2003) auf jetzt 65 im Jahr 2004.

Die Zahl von festgenommenen Tatverdächtigen aus dem rechtsextremen Bereich beträgt 77. Nach wie vor will Innenminister Dominique de Villepin mehrere der ultrafaschistischen Splittergruppen, deren Gesamt-Mitgliederzahl mit 2.500 bis 3.500 angegeben wird, verbieten. Das ursprünglich für Ende Februar erwartete Verbotsdekret wurde aber bisher nicht erlassen.

Dies hängt nach Angaben des Ministeriums mit Schwierigkeiten bei der Aufnahme sämtlicher Beweismittel zusammen und mit dem Wunsch, eine alsbaldige Neugründung unter verändertem Namen von vornherein zu verhindern.

Von einem eventuellen Verbot wäre die Wahlpartei FN auf jeden Fall nicht betroffen; der FN dient vielen (vor allem jüngeren) rechten Aktivisten als „Durchlauferhitzer“ oder wird als legales Schutzschild benutzt.



60. Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald Gedenkkundgebung am 10. April 2005 15 Uhr in Buchenwald

Als amerikanische Truppen am 11. April 1945 das KZ Buchenwald auf dem Ettersberg bei Weimar erreichten, fanden sie ein befreites Lager vor. Einen Tag zuvor hatten bewaffnete Häftlingsgruppen ihre SS-Bewacher gefangen genommen oder verjagt. Buchenwald war damit das einzige Konzentrationslager, dessen Insassen sich aus eigener Kraft befreien konnten.

Anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung Buchenwalds findet am Sonntag, 10. April eine Gedenkkundgebung in Buchenwald statt, zu der über 600 ehemalige KZ-Häftlinge aus aller Welt erwartet werden. Von Aachen und Köln aus, aber auch aus einigen Städten in Hessen fahren Busse zur Kundgebung. Am besten bei den örtlichen oder regionalen VVN-Adressen nachfragen.

Was steht hinter den Zahlen? Anmerkungen zur methodischen Vorsicht

Es stellt sich die Frage nach dem, was hinter diesen nüchternen Zahlen steckt, und (vor allem) wie die Zunahme interpretiert werden kann. Dabei ist in mehrerlei Hinsicht methodische Vorsicht geboten.

Erstens ist das Zahlenmaterial grundsätzlich teilweise unvollständig. So werden nur diejenigen Taten registriert, die vom Innenministerium signalisiert werden. Dies aber setzt wiederum voraus, dass die Straftaten zur Anzeige gebracht wurden. Wenn die Opfer das aber als sinnlos betrachten oder gar Angst haben, ein

Kommissariat zu betreten (vielleicht, weil sie auch mit Repressalien seitens der Ordnungskräften Negativerfahrungen gemacht haben, etwa in „sozialen Brennpunkten“ mit hohem Migranten-Anteil), dann findet auch keine Zählung statt – eine statische Erfassung „erübrigt“ sich also. Umgekehrt gehen Schwankungen in der Statistik also möglicherweise auch auf eine erhöhte Anzeigebereitschaft zurück.

Im schulischen Bereich (wo besonders viele der gegen jüdische Jugendliche gerichteten Straftaten stattfinden) ist seit dem Schuljahr 2001/02 ein eigenes Computerprogramm namens „Sigma“ installiert, das diese Taten gesondert erfasst. Damit ist einerseits eine Aufschlüsselung dieser Beleidigungs- und Körperverletzungs-Taten in besonderer Weise erleichtert. Andererseits aber gibt auch „Sigma“ nur her, was die Schulleitungen vorher eingegeben haben. Vor allem in „krisenhaften“ oder „angespannten“ Zeiten können manche Schuldirektoren aber besondere Zurückhaltung an den Tag dabei legen, Gewalttaten unter Jugendlichen in die entsprechende Datei einzuspeisen – da ansonsten sich das Image der gesamten Schule verschlimmern könnte. In einem solchen Fall wird befürchtet, dass eine Schule ein entsprechendes Image als „Brennpunkt“ angeheftet bekommen und sich die Lage folglich nur noch verschlimmern könnte. Aus diesem Grund ist auch in diesem Bereich von einer gewissen „Dunkelziffer“ auszugehen. Auf der anderen Seite ist es mitunter schwierig, bei bandenförmig ausgetragenen Konflikten unter Jugendlichen den genauen Anteil, den die jeweilige Herkunft dabei spielen mag, auszumachen. Insofern ist andererseits vorsichtig mit der Einstufung der Motivation einer Gewalttat unter Jugendlichen zu verfahren.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass die Auflistung im Jahresbericht der CNCDH nicht die Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt und bei der Arbeitssuche erfasst. Aber diese sind in der französischen Gesellschaft vielerorts flagrant: So ist die Arbeitslosigkeit der Universitätsabsolventen nicht-europäischer Herkunft drei mal so hoch wie jene der Hochschulabgänger französischer oder auch „ausländischer, aber europäischer“ Herkunft. Insofern ist eine größere Grauzone, in der Diskriminierung sich im Alltagsleben besonders auswirkt, gar nicht erfasst. Jedoch wird dieser Bereich der Diskriminierungen auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt durch eigene Berichte der Organisation SOS Racisme behandelt. Ein solcher Bericht wurde, ebenfalls am 21. März, dem neuen Vorsitzenden der durch Präsident Chirac eingerichteten Behörde zur Diskriminierungsbekämpfung (in Gestalt des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden von Renault, Louis Schweitzer) überreicht. Ob es was hilft, wird sich erweisen müssen. *Bernhard Schmid, Paris* ■

Propagandadelikte und Auschwitzleugnung im Internet

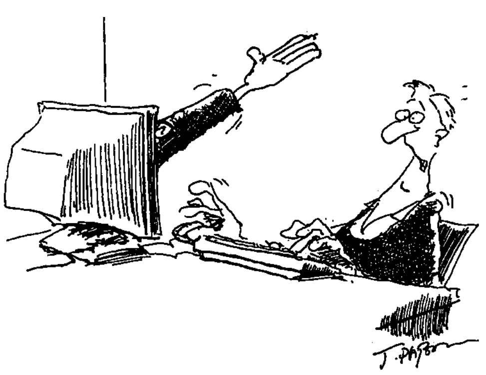
Der CNCDH-Jahresbericht notiert ferner für 2004 das Anwachsen eines „geschichtsrevisionistischen Missionarismus“, der vor allem „die schulischen und universitären Milieus“ berührt habe. Dabei lässt sich vor allem an die wiederholten Skandale an der Universität Lyon-III denken, wo man seitens der Hochschulverwaltung aber jetzt wohl erstmals ernsthaft gegen die Auschwitzleugner (französisch: Negationisten) vorzugehen beginnt, wie der fünfjährige Ausschluss des rechtsextremen Politikers Bruno Gollnisch vom Professorendienst wegen Infragestellung und Relativierung des Holocaust zu belegen scheint.

Ein wichtiger Vektor für die Propaganda der Auschwitzleugner stellt ferner das Internet dar, dem die CNCDH ein eigenes Kapitel in ihrem Bericht widmet. Nach wie vor bildet das Internet ein Medium, über das rassistische, antisemitische und geschichtsrevisionistische Propaganda bzw. Lügen verbreitet werden.

Dabei stellt man seitens der Antirassismus-Organisation MRAP, deren Mitglieder Gérard Kerforn und Sylvain Tirreau Co-Autoren des Rassismusberichts für 2004 sind, jedoch einen Formwandel fest: Die Tendenz gehe weg von offenen Foren, in denen sich jede/r „auskotzen“ und sich virtuell in den Hass hineinsteigern kann, da die Beteiligten dort zunehmend Angst vor Emittlungen und Strafverfolgung bekommen hätten. „Die Beteiligung nimmt ab. Die feigen unter den Rassisten fürchten die strafrechtliche Sanktion. Es bleibt der harte Kern. Die Internetforen verwandeln sich in private Diskussionsplattformen, zu denen das Publikum keinen Zugang mehr hat“, mit diesen Worten wird Gérard Kerforn in der linksliberalen Pariser Tageszeigung ‚Libération‘ (die dem CNCDH-Bericht ihr Titelthema und vier Seiten widmete) wiedergegeben. Sein Mitstreiter Sylvain Tirreau fügt hinzu, die wirklichen „Profis“ in Sachen Hass würden nunmehr systematisch nach verstärkter Anonymität suchen: „Sie nehmen ein Pseudonym an und verändern auch die elektronischen Kennziffern an ihrem Computer“, um ihre Identifizierung zu erschweren. Tirreau wird ferner mit den Worten zitiert: „Internet erlaubt denjenigen, die in kleineren Städten leben, die isoliert sind, sich (virtuell) zu versammeln. Die Rassisten benutzen Internet allein zu diesem Zweck.“ Dabei ließen sich die Betreffenden „sich weit mehr hinreißen, als (sie sich) im wirklichen Leben“ unter normalen Umständen trauen würden.

Der CNCDH-Jahresbericht 2004 konstatiert, dass die bekannte Internet-„Bewegung“ um „SOS Racaille“ („SOS Gesocks“, eine vor allem anti-arabische rassistische Internetplattform, die um die 10 Webpages unterhielt) im Niedergang befindlich sei. Ursächlich dafür seien wahrscheinlich „effiziente Strafverfolgungs-Maßnahmen“ gewesen. Dagegen seien die ultrafaschistischen Aktivisten der „identitären Bewegung“ (rund um die seit 2002 verbotene Unité Radicale und ihre Nachfolgeorganisation, den Bloc identitaire) nach wie vor massiv im Internet präsent.

Seitens derjenigen islamistischen Homepages, auf denen deutlich antisemitische Propaganda betrieben wird oder wurde, können ebenfalls Abschaltungen verbucht werden. So musste die in Belgien ansässige Webpage Assabyle.com mittlerweile vom Netz gehen. Dagegen ist vor allem die ähnlich ausgerichtete Website von „Qibla“ nach wie vor aktiv.



Bewegung im Netz

Bei den Geschichtsrevisionisten bzw. Negationisten hat derzeit die wohl bekannteste Internetplattform massiven Ärger: Die bisher in den USA auf drei Webpages beherbergte Plattform „AAARGH“ (französische Abkürzung für: Vereinigung ehemaliger Liebhaber von Holocaust- und Kriegsgeschichten) stand im Laufe des Monats März 2005 in Frankreich im Mittelpunkt eines Gerichtsprozess. Die US-amerikanischen Server, bei denen die u.a. von den bekannten französischen Auschwitzleugnern Serge Thion und Robert Faurisson genutzte AARGH-Seite untergebracht war, hatten diese nicht (wie von ihnen gefordert worden war) vom Netz genommen. In Nordamerika können sie nicht belangt werden, da der Schutz der Meinungsfreiheit durch die US-Verfassung nach dort herrschendem Rechtsverständnis auch für solche Web-Inhalte gilt. Nunmehr waren jedoch diverse in Frankreich ansässige oder tätige Provider wie France Télécom, T-Online und AOL angeklagt, mit dem Ziel, sie zum „Filtern“ bzw. zum Blockieren des Zugangs zu der einschlägigen Webpage zu zwingen. Kläger waren insgesamt acht Antirassismus- und Menschenrechtsvereinigungen. Dies ist in Frankreich seit einem neuen Gesetz zur Regulierung des Internet vom 21. Juni 2004 rechtlich möglich.

Eine erste gerichtliche Anhörung in Paris dazu fand am 14. März statt. Die Urteilsverkündung wurde damals auf den vorigen Freitag, 25. März angesetzt. Momentan ist das Urteil zwar noch nirgendwo publiziert worden. Tatsache ist aber, dass seit kurzem die Internetadresse www.aaargh-international.com nicht mehr erreichbar ist. *bhs* ■

NRW Landesregierung forciert den Verlust tausender Staatsbürgerschaften

„Haben Sie ab dem 1. Januar 2000 die türkische Staatsbürgerschaft angenommen, ohne zuvor eine Genehmigung zur Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit erhalten zu haben?" fragt die Stadt Leverkusen und in den nächsten Tagen tun dies zahlreiche andere NRW-Kommunen in einem Einschreibebrief an die 50 000 bis 60 000 eingebürgerten Deutschen mit türkischem Migrationshintergrund.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Ausländerbeiräte ist empört: „Die Menschen türkischer Herkunft werden hier bis zum Beweis des Gegenteils erst einmal kriminalisiert. Die Panikmache von CDU/CSU hat wieder einmal Früchte getragen, der Integration wird ein Bärendienst erwiesen", erklärt der Vorsitzende Tayfun Keltek und SPD-Landtagskandidat in Köln.

Die NRW-Landesregierung hatte die Kommunen angewiesen, diesen Brief noch vor der Landtagswahl zu verschicken, damit Doppelstaatler ihre Staatsbürgerschaft verlieren und somit auch von der Landtagswahl am 22. Mai ausgeschlossen werden.

Mit diesem Vorgehen hat die Rot-Grüne Landesregierung die Politik von Innenminister Schily noch einmal deutlich verschärft.

Am 9. Februar hatte der NRW Innenminister noch davon gesprochen, ein neues Einbürgerungsverfahren „wohlwollend zu prüfen". Voraussetzung wäre aber, dass sich die Betroffenen melden, spätestens 6 Monate, nachdem sie gemerkt haben, dass sie Doppelstaatler sind. Eine solche Frist könnte also auch zu einem viel späteren Zeitpunkt beginnen, z.B. in zwei Jahren. Durch das jetzige Anschreiben wird die Sechs-Monatsfrist unmittelbar eröffnet.

Eine völlig unnötige Verschärfung, die in Nordrhein-Westfalen katastrophale Auswirkungen haben wird, denn das Misstrauen und die Repression, die die NRW-Behörde losgetreten hat, wird eine Politik der Integration über viele Jahre hin vergiften. Schon heute sagen viele betroffene Türken: „Ich werde nie wieder die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen".

Die Landesregierung hat der rechten Hetze praktisch nachgegeben. Bereits am 20. Januar hatte die CDU im Düsseldorfer Landtag eine Anfrage gestellt und behauptet, bereits die Bundestagswahl hätten Türken entschieden, denen eine deutsche Staatsbürgerschaft nicht zugestanden hätte.

In der Öffentlichkeit gibt es wenig Kritik am Vorgehen der NRW-Landesregierung, obwohl die Erstellung einer Kartei von Deutschen türkischer Herkunft eine Ungeheuerlichkeit darstellt. Diese Kartei konnte nur dadurch erstellt werden, weil z.B. in Köln alle Akten von Eingebürgerten ab dem Jahr 2000 noch einmal geöffnet werden mussten, um festzustellen, ob die betreffende Person türkischer Herkunft ist. Über 7000 Personen wurden in Köln ausfindig gemacht.



Die PDS Offene Liste im Kölner Stadtrat empfiehlt allen Betroffenen „Widerspruch" einzulegen, insbesondere denjenigen, die keine doppelte Staatsbürgerschaft haben. „Protest ist jetzt angesagt!" so die Ratsfrau Özlem Demirel.

Der gesamte Vorgang selber, der Verlust der Staatsbürgerschaft von Zehntausenden von deutschen Staatsbürgerinnen und -bürgern ist zwar ein „automatisches Verfahren" innerhalb einer demokratischen Rechtsform und keine Ausbürgerung, aber der gesamte Vorgang führt letztlich zum gleichen Ergebnis.

Oft sind Personen betroffen, die schon Jahrzehnte in der Bundesrepublik gelebt haben. Mit dem Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft wird in der Regel eine Aufenthaltserlaubnis erteilt. Das muss aber nicht so sein. Hat der Betroffene keine Arbeit und hat sich strafrechtlich etwas zuschulden kommen lassen, z.B. eine Strafe von mehr als 3 Jahren, kann er auch abgeschoben werden. Dieses Verfahren wird noch zu zahlreichen anderen Problemen führen, die im Detail noch nicht absehbar sind.

Die Bundesregierung geht davon aus, das etwa 50 000 Deutsche mit türkischem Migrationshintergrund ihre Staatsbürgerschaft verlieren. Dabei stützt sie sich auf die Zahlen der türkischen Regierung, ohne selber irgendeinen Anhaltspunkt zu haben. Daraus schlussfolgert Innenminister Schily: *„Hinsichtlich anderer als der Türkischstämmigen liegen mir jedoch keine konkreten Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit der Melderegister vor. Es ist deshalb unvermeidbar, diesen Anhaltspunkten nachzugehen, ohne damit speziell ein Misstrauen gegenüber eingebürgerten Personen türkischer Herkunft zum Ausdruck zu bringen."*

Dieses Anschreibeverfahren ist ein rassistisches Vorgehen, das nur auf eine ganz bestimmte Gruppe angewandt wird. „Konkrete Anhaltspunkte" liegen auch nicht vor, sondern nur vage Behauptungen der türkischen Regierung.

Russlanddeutsche, die zuwandern und eingebürgert werden, können die doppelte Staatsbürgerschaft behalten, denn sie sind schon immer Deutsche gewesen, sogar ihre Großeltern und Urgroßeltern, obwohl sie einen russischen Pass hatten.

Der ehemalige Bundespräsident Rau (SPD) forderte vor einigen Jahren die Abschaffung des Blutprinzips aus dem Grundgesetz. Im Jahre 2000 feierte Rot-Grün ein neues Staatsangehörigkeitsgesetz und behauptete, damit sei das „Blutprinzip" abgeschafft. Es besteht aber weiterhin, auch wenn Rot-Grün im Bund und in NRW das nicht wahrhaben wollen.

Jörg Detjen ■

Sans-Papiers – Ein breites, qualitatives Bündnis ist notwendig

Ein Diskussionsbeitrag zu den Aktivitäten der Arbeitsgruppe Arbeit und Migration Freiburg

FREIBURG. Seit dem 1. Mai 2004 versucht die Arbeitsgruppe Arbeit und Migration (Leute von Rasthaus, SAGA und Kanak Attak) das Thema Sans-Papiers (Papierlose) über die Schwerpunkte „Arbeit und Migration" stärker in den politischen Vordergrund zu bringen. Mit ein Grund für das stärkere Engagement war auch die von der IGBAU gestartete Denunziantenkampagne. Die IGBAU ruft offiziell dazu auf, Informationen über illegale Beschäftigung über eine spezielle Hotline-Nummer zu melden. Tatsächlich ein denkbar schlechter Weg, um die durch die Globalisierung produzierten Ausbeutungsverhältnisse lösen zu wollen.

Wir wollten dennoch die Diskussion mit den Gewerkschaften. Ermutigt werden wir auch durch die Gewerkschaften in der Schweiz und Frankreich, die für die „Regularisierung von Sans-Papiers", d.h. für die Legalisierung von Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus eintreten. Deshalb führten wir auch eine Veranstaltung im Freiburger DGB-Haus mit Vertretern und Vertreterinnen der Schweizer Gewerkschaften UNIA, SIT und IGA und mit der französischen Gewerkschaft SUD-PTT durch. Wenn gleich auch die Repressionsmittel gegen Sans-Papiers sich in fast allen Ländern gleichen, so gibt es dennoch unterschiedlichen Protest. Eine stärkere Solidarität mit den Sans-Papiers ist in Frankreich und vor allem in der Schweiz festzustellen.

In Genf, der derzeitigen Hochburg der Bewegung sind über 10.000 Sans-Papiers gewerkschaftlich in der SIT (Syndicat interprofessionel des travailleuses et travailleurs) organisiert und wollen die Regularisierung von über 5000 Personen durchsetzen.

Die Solidaritätsarbeit, die insbesondere derzeit in der Schweiz geleistet wird, hat auch die Arbeitsgruppe motiviert eine stärkere Initiative in Freiburg/Südbaden zu starten. Deshalb organisierten wir als weiteren Schritt die Durchführung eines Seminars mit der IGBAU, dem DGB und der NGG unter der Losung „Arbeiten ohne Papiere! Kämpfen für Rechte!". Das Seminar, das von über 50 Personen aus Südbaden wahrgenommen wurde, startete mit Beiträgen von Gewerkschaftern und anfänglich aufgeregten Debatten über die von der IGBAU initiierte Denunziantenkampagne. Letztendlich resultierte das Seminar in einigen positiven Ansätzen, die für Weiterentwicklung einer notwendigen politischen Kampagne wichtig sein können. Die gewerkschaftlichen Angebote im Einzelnen:

Mitgliedschaft von Sans-Papiers mit vollem Anspruch auf den gewerkschaftlichen Leistungskatalog möglich, Klärungsversuch von Gewerkschaftsseite, ob Sans-Papiers gefahrlos vor dem Arbeitsgericht klagen können, Kontaktaufnahme mit den Krankenkassen und Abklärung einer möglichen Krankenversicherung. Der Konzeptvorschlag über die Einrichtung einer Anlaufstelle konnte beim Seminar nicht weiterentwickelt werden. Eine weitere Abklärung und damit eine intensivere Diskussion ist dazu notwendig.

Erfreulich ist auch, dass die Diskussion zum Thema „Illegale" in Freiburg in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Das zeigt das Engagement von Caritas mit der Ausstellung über Illegale und das zeigt auch die beabsichtigte Einrichtung eines Runden Tisches bei der Stadt Freiburg, ebenfalls zu der gleichen Thematik. Es ist gut und hilfreich für die Betroffenen und wird, je nachdem wie darüber diskutiert wird, zur Klimaverbesserung beitragen.

Die Arbeitsgruppe Arbeit und Migration wird sich für die Maximalforderung nach einer „Regularisierung für alle" einsetzen. Anfänglich wird es mit Sicherheit schwierig werden, für diese Losung ein breites Bündnis zu bekommen. Dies stellt jedoch kein Hindernis in der Zusammenarbeit mit verschiedenen Gruppen, Organisationen und Institutionen dar.

Wichtig ist, dass die politische Kampagne eine fortschrittliche Entwicklung nimmt und vor allem, dass sie konkrete Ergebnisse für die Betroffenen hat, d.h. sich Verbesserungen in ihrem Lebensalltag zeigen. Diskussionen, die nur auf der theoretischen Ebene stecken bleiben bringen nichts. So sind zunächst auch Forderungen nach schulischer Aus- und Weiterbildung von Sans-Papiers Kindern und Jugendlichen, Kranken- und Unfallversicherung, sowie z.B. denunziantenfreies Klagen vor Arbeitsgerichten wichtig.

Die Arbeitsgruppe Arbeit und Migration wird versuchen initiativ zu bleiben. Dies soll durch theoretische wie auch praktische Beiträge geschehen. Theoretische Beiträge sollen durch die Herausgabe von unregelmäßig erscheinenden Rundbriefen erfolgen. Die Null-Nummer wird zum 1. Mai 2005 zum Thema „Sans-Papiers und Arbeit" herausgegeben. Weitere Rundbriefe werden folgen, die auch mit Beteiligung der Betroffenen herausgegeben werden können. Ebenso soll durch weitere Veranstaltungen die Thematik vertieft werden und so auch zur Entwicklung einer notwendigen Widerstandskultur beigetragen werden.

Um mehr Leute zu erreichen und für die Arbeitsgruppe begeistern/gewinnen zu können, wird am 10. Mai eine Veranstaltung stattfinden, bei der die politische Arbeit, die Ideen, mögliche weitere Schritte, langfristige Ziele, die Mitarbeit, Kampagnen vorgestellt und diskutiert werden sollen.

Derzeit arbeitet die Gruppe an einem Konzeptvorschlag zur Einrichtung einer Anlaufstelle für Sans-Papiers, die in erster Linie auch eine Selbstorganisation der Betroffenen ermöglichen soll. Ein erster Vorentwurf, wie eine Anlaufstelle funktionieren könnte, wurde beim Seminar mit den Gewerkschaften verteilt.

Hier Auszüge des Vorschlags:

Eine Anlaufstelle für Sans-Papiers soll in einem gesellschaftlich geschützten Verhältnis stehen. Sie soll ein solidarischer Beitrag sein und den Betroffenen verschiedene Möglichkeiten in die Hand geben, aus der gesellschaftlichen Isolation herauszukommen. Der Aufenthalt von Menschen ohne Papiere ist eine gesellschaftliche Herausforderung, die uns alle betrifft. Deshalb kommen nur Lösungen in Betracht, die in Solidarität mit den Betroffenen gefunden werden. Eine Anlaufstelle soll für die Sans-Papiers einen Handlungsspielraum schaffen bzw. eine bestehende Selbstorganisation der Sans-Papiers unterstützen. Sie soll auch deutlicher Ausdruck einer gewollt gesellschaftlichen Auseinandersetzung sein, die sich mit aller Deutlichkeit gegen die Stigmatisierung und Kriminalisierung der Betroffenen wendet.

So soll die Anlaufstelle dazu beitragen, eine längst überfällige Diskussion über die Rechtlosigkeit von Menschen ohne Papiere zu nähren. Rechte, wie Bildungsrechte, Arbeitsschutzrechte, Recht auf medizinische Versorgung etc. – internationale Abkommen verpflichten dazu – sollen selbstverständlich eingefordert werden. Die bestehenden Netzwerke (Rasthaus) sollen unterstützt und weitere geschaffen werden.

Diese Vorgehensweise wird den Aufenthalt der Sans-Papiers stabilisieren und die Auseinandersetzung gegen die prekären Arbeitsverhältnisse fördern und somit gegen die schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft wirken.

was ■

Gedenken in Dessau

DESSAU. Mit einer Trauerfeier und einem Trauerzug haben in Dessau rund 200 Menschen eines in Polizeigewahrsam ums Leben gekommenen Asylbewerbers aus Sierra Leone gedacht. Die Teilnehmer forderten eine unabhängige Untersuchung der Umstände des Todes und Entschädigungszahlungen an die Familie von Oury Jalloh.

Der 21-Jährige war am 7. Januar bei einem Brand im Dessauer Polizeirevier ums Leben gekommen. Zunächst hatte die Polizei den Tod des Afrikaners als Selbstmord dargestellt. Später ergaben Ermittlungen, dass der am Brandtag wegen Belästigung von Frauen festgenommene Afrikaner die Matratze seiner Zelle selbst angezündet haben soll – obwohl er an ausgestreckten Händen und Beinen fest angebunden war.

Der Tod von Oury Jalloh hätte eigentlich eine Welle der Empörung auslösen müssen. Aber das ist leider nicht der Fall. Niemand bezweifelt zwar, dass Oury Jalloh, der am 7. Januar in der Polizeistation Dessau mit gefesselten Händen und Füßen in seiner Zelle verbrannte. Nichtsdestotrotz wird alles getan, um das Geschehen vom 7. Januar unter den Tisch zu kehren. So wird es von der Staatsanwaltschaft gegenüber der Rechtsanwältin der Mutter von Oury Jalloh, Regina Götz, abgelehnt, eine Röntgenuntersuchung am Leichnam durchzuführen, obwohl in den Vernehmungsprotokollen von körperlichen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Oury Jalloh und in der Presse von gebrochenen Handgelenken die Rede war. Außerdem bleibt laut der Anwältin ungeklärt, wie das Feuerzeug in die Zelle gelangen konnte, obwohl die Polizeibeamten in ihrer ersten Vernehmung angegeben haben, dass ein Übersehen bei der Durchsuchung ausgeschlossen sei. Das Feuerzeug taucht in der ersten Asservatenliste vom 10.1.2005 nicht auf, dann aber in der zweiten. vom 11.1.05. Die Initiative fordert: Überführungsstopp bis zur Überprüfung des rechtsmedizinischen Abschlussgutachten, unabhängige Untersuchung der Ereignisse, Anklage wg. versuchtem Mord gegen die Verantwortlichen, eine Entschädigungszahlung an Oury Jallohs Familie. Schluss mit rassistischer Polizeibrutalität und Kontrolle. Gerechtigkeit!

mehr Informationen über den Tod von Oury Jalloh: plataforma@riseup.net http://www.thevoiceforum.org ■

PS: Die Angehörige des in derDessauer Polizeizelle gestorbenen Asylbewerbers Oury Jalloh haben nun doch eine neue Obduktion durchgesetzt. Das teilte die Staatsanwaltschaft Dessau mit. Die Kosten für die Untersuchung übernimmt die Initiative, die zum Gedenken an den Toten ins Leben gerufen wurde. Auch die Ermittlungen gegen zwei Polizisten wegen Körperverletzung mit Todesfolge beziehungsweise fahrlässiger Tötung gehen weiter. Geprüft wird unter anderem, ob sie den Rauchmelder der Zelle ignoriert haben.

29. März 2005 ■

Identitätsfeststellung für Massenabschiebung

HAMBURG. Zehn Tage lang herrschte in der Hamburger Ausländerbehörde Ausnahmezustand. Das Hausrecht stand bis zum 18. März unter der Ägide von vier Gesandten des Generals Lansana Conté, dem Chef des Militärregimes in Guinea. Der General, der sich 1984 an die Macht geputscht hatte, regiert mit eiserner Hand: Massenverhaftungen, Verfolgung und Folter gehören zum Alltag. Eine Vorstellung davon hinterließen seine Gesandten nun in Hamburg, wo sie auf Einladung von Innensenator Udo Nagel (parteilos) residierten. Ihr Auftrag: Im Schnellverfahren die nationale Identität von 400 afrikanischen Flüchtlingen klären, um ihre Abschiebungen vorzubereiten. Die dazu erforderlichen Reisepapiere hatten die Gesandten gleich mitgebracht.

Das ungewöhnliche Verfahren, über das die Botschaft Guineas in Berlin nicht einmal informiert wurde, führte selbst im Reich von General Conté zu Debatten. Bis heute steht nicht fest, wer da eigentlich mit welcher Legitimation zehn Tage lang das Hausrecht in der Hamburger Ausländerbehörde übernahm, berechtigt war, Verhöre zu führen und Entscheidungen zu treffen. Für die Bürgerschaftsabgeordnete Antje Möller (GAL) ein Unding. Sie stellte eine kleine Anfrage. Das Außenministerium Guineas sei der Partner gewesen, hieß es in der Antwort des Senats.

Welches Außenministerium? In Guinea ist dies gerade aufgelöst worden, der Minister wurde entlassen. Innensenator Nagel muss wissen, dass das von ihm ermöglichte Verfahren rechtswidrig ist. Die Zuständigkeit zur Ausstellung von Reisedokumenten liegt beispielsweise eindeutig bei den offiziellen Botschaften eines Landes. Doch das wäre, so sagt es Nagel, zu zeitaufwendig gewesen.

Vorgeladen waren nicht nur Flüchtlinge aus Guinea, sondern auch aus anderen Staaten wie Sierra Leone, Liberia und Burkina Faso. Bei Nichterscheinen drohten die Zwangsvorführung, Erlöschen der Duldung und eine Abschiebung ohne erneute Ankündigung. Mitten in der Nacht seien Flüchtlinge mit Polizeibussen abgeholt und nach stundenlangem Warten befragt worden, berichtete der Hamburger Flüchtlingsrat über das Verhalten der Ausländerbehörde, die sich in einen Hochsicherheitstrakt verwandelt hatte. Dutzende Polizeibeamte in Kampfuniformen hätten die Ankömmlinge empfangen und seien ihnen fortan nicht mehr von der Seite gewichen. Die Gespräche mit den Gesandten dauerten hingegen nur ein paar Minuten. Doch das reichte offenbar, um die nationale Identität eines Flüchtlings festzustellen. Die entsprechenden Länderkennziffern wurden gleich vor Ort verändert.

Kommt es zu einer Abschiebung ist das lebensgefährlich. Nach der letzten bekannten Ausweisung im Jahr 1999 blieben mindestens sieben der nach Guinea abgeschobenen Flüchtlinge – trotz intensiver Nachforschungen durch die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte – spurlos verschwunden.

Er fordert, dass auf Grundlage dieser Anhörungen keine Reisepapiere ausgestellt werden, mit deren Hilfe Flüchtlinge abgeschoben werden.

Quelle Junge welt, 31.3.05 ■

Zentrale Ausländer-Behörde (ZAB) abschaffen!

BIELEFELD. Mit der Kampagne „ZAB abschaffen!“, die in Bielefeld zu einer Demonstration aufruft, soll auf den staatlich institutionalisierten Rassismus aufmerksam gemacht werden, heißt es im Aufruf der InitiatorInnen.

Die ZAB und die im ZAB-Nebengebäude untergebrachte Stelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge sind in Bielefeld bisher kaum bekannt.

Jeder in Bielefeld ankommende Flüchtling und alle, die ohne gültige Pässe aufgegriffen werden, werden zur ZAB gebracht oder geschickt. Die ZAB unterzieht sie einer kompletten erkennungsdienstlichen Behandlung mit Fingerabdruck und Foto, prüft und registriert alle persönlichen Daten und übermittelt das alles zum Abgleich und zur Speicherung an das europaweit vernetzte Ausländerzentralregister in Köln. Nach der Erstbefragung werden die Asylsuchenden willkürlich bundesweit Flüchtlingsunterkünften zugeordnet und obliegen dort der Residenzpflicht. Dabei werden Familien und FreundInnen oft auseinander gerissen.

Wenn ankommende Menschen gar nicht erst zum Asylverfahren zugelssen werden, organisiert die ZAB die Fahrten zum Abschiebeflughafen Düsseldorf.

Die Bielefelder ZAB, die der kommunalen Verwaltung und damit in letzter Instanz dem Oberbürgermeister untersteht, entscheidet über den Vollzug jeder einzelnen Abschiebung und führt diese durch.

Die ZAB muss abgeschafft werden!

Demonstration:
Bielefeld Hauptbahnhof,
Samstag, 9.4. 2005, 13 Uhr

Roma aus Freiburg haben ein Buch gemacht

„Vakeres Romanes? – Sprichst du Romanes?“, das zweite Buch von IBiS, dem Verein für „Interkulturelle Bildung und Soziale Arbeit im Stadtteil e.V.“ in Freiburg, beleuchtet die Lebenssituation einer ethnischen und als „Zigeuner“ stigmatisierten Minderheit aus der Perspektive der Betroffenen: Roma-Jugendliche, die mit ihren Familien aus dem Kosovo geflüchtet sind und seit vielen Jahren als „geduldete“ Flüchtlinge zumeist in Sammelunterkünften im Raum Freiburg leben, erzählen darin aus ihrem Leben. Das 74-Seiten dicke Buch ist in knapp einjähriger Projektarbeit von Ursula Birgin (Lehrerin) und Monika Wieczorek (Künstlerin) mit 18 Roma-Jugendlichen gemeinsam geschrieben und gestaltet worden. Die Jugendlichen haben die Themen zusammengestellt, Interviews geführt, Texte geschrieben und einen großen Teil des bildnerischen Materials für das Buch produziert. Deshalb ist es ein authentisches und lebensnahes Dokument und gewährt Einblicke in eine weitgehend unbekannte Gemeinschaft.

Das Buch ist zweisprachig in Deutsch-Romanes verfasst. Die Zweisprachigkeit durchbricht die „Unsichtbarkeit“ des Romanes, das lange Zeit eher eine mündliche Sprache war. Ziel der Übersetzung war es, einen für alle Roma weltweit lesbaren Text zu schaffen, der die unterschiedlichen Dialekte vereint und einer einheitlichen Kommunikation dient. Weil es nur sehr wenige Bücher in Deutsch-Romanes gibt, ist es auch gut für den Sprachunterricht geeignet. Das Buch stellt nicht Bürgerkrieg und Asylsituation in den Mittelpunkt, sondern den Alltag der Roma-Jugendlichen: Familie, Liebe, Traditionen, Feste, Wünsche und Sehnsüchte der 10- bis 18-Jährigen. Sie sind gekennzeichnet durch ein Festhalten an Traditionen, Sitten, Gebräuchen, Kultur und Religion der Roma und auf der anderen Seite durch eine Suche nach eigenen,



„westlich“ geprägten, individuellen Lebensweisen. Ein Riss, der oftmals quer durch die Familien geht und eine Gradwanderung zwischen Vertrautem und Fremden darstellt. Das Buch wirft auch die Frage auf, wie heute mit einer ethnischen Minderheit umgegangen wird, deren Angehörige bereits im Dritten Reich als „Zigeuner“ verfolgt und zu Hunderttausenden getötet wurden – und wie sich Antiziganismus als eine Form der Ausländerfeindlichkeit heute wirksam bekämpfen lässt. Da die Roma lediglich geduldet sind und ihnen über kurz oder lang die Abschiebung in den Kosovo droht, lässt sich anhand der Erfahrungsberichte der Jugendlichen auch die prekäre Aufenthaltssituation thematisieren.

„Vakeres Romanes? – Sprichst du Romanes?“ ist recht bunt und „jugendlich“ aufgemacht, in einfachen und kurzen Sätzen geschrieben und enthält viele Fotos, Zeichnungen und einen Comic, der von den Jugendlichen selbst gezeichnet wurde. Finanziell unterstützt wurde das Projekt vom Auswärtigen Amt und dem von Günter Grass gegründeten Verein zur Unterstützung des Roma-Volkes.

Martin Höxtermann ■

Bestelladresse: „Vakeres Romanes? – Sprichst du Romanes?“ Zweisprachig Deutsch-Romanes, 74 Seiten dick, mit vielen Fotos, Zeichnungen und einem Comic.ISBN-Nr. 3-937327-03-7. Preis: 10 Euro plus Versand. Auch das siebensprachige Kinderbuch von IBiS, „Wie der zweite Mond verschwand“, ist für 10 Euro bei IBiS erhältlich. Bei Sammelbestellungen wird Rabatt gewährt. Beide Bücher zusammen: 18 Euro plus Versand. Bestelladresse: IBiS, Schwarzwaldstr. 2, 79102 Freiburg, Tel. 0761-472270, E-Mail: mail@ibis-freiburg.de, www.ibis-freiburg.de

Von der jüngsten Italienreise der BdV-Präsidentin berichtet der Deutsche Ostdienst (DOD) in seiner März-Ausgabe. „Dass es in Italien auch Vertriebene gab, ist vielfach unbekannt“, schreibt das BdV-Blatt. Gemeint sind damit die Italienerinnen und Italiener, die in Folge des Zweiten Weltkriegs von der Halbinsel Istrien umgesiedelt wurden. Nach dem Ersten Weltkrieg war das Gebiet unter der Bezeichnung „Istria“ Italien zugeschlagen worden, nach dem Zweiten Weltkrieg wurde es dem Kriegsaggressor Italien genommen und mit dem Namen „Istra“ Jugoslawien zugeteilt. Die italienische Bevölkerung wurde dabei umgesiedelt – ganz analog der Umsiedlung der Deutschen.

„Die Vertriebenen, in Italien als ‚esuli‘, als Exilanten bezeichnet, sind – ähnlich wie in Deutschland – in Vertriebenenverbänden zusammengeschlossen“, berichtet der DOD. Im Jahr 1954 etwa gründeten italienische Umgesiedelte die „Unione degli Istriani“: „Der große Exodus von 350.000 Italienern aus den von Jugoslawien besetzten Gebieten“, heißt es in einer Selbstdarstellung der Organisation, „hat viele Exilierte veranlasst, sich zu vereinigen, um das tausendjährige Kulturgut des istrischen Volkes zu schützen und zu bewahren“.

Auch die Organisationsstruktur der italienischen und der deutschen Umgesiedelten-Verbände weist Parallelen auf: Wie die deutschen „Landsmannschaften“ in „Heimatkreisgemeinschaften“ je nach regionaler Herkunft gegliedert sind, so die italienische „Unione degli Istriani“ in „Famiglie“.

Wie der DOD berichtet, war Erika Steinbach am 10. Februar in Italien. „Das italienische Parlament hat einen nationalen jährlichen Gedenktag für die italienischen Vertriebenen beschlossen“, hatte Steinbach schon in ihrer Rede vor der BdV-Bundesversammlung am 26. Februar in Berlin berichtet. Dieser Gedenktag wurde am 10. Februar in Trieste zum ersten Mal begangen, in Anwesenheit und mit einem Grußwort der deutschen BdV-Präsidentin.

Die fordert jetzt, auch Deutschland müsse ein solches Erinnerungsdatum einführen; im Raum steht der 5. August, der Jahrestag der Unterzeichnung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“. Darüber hinaus wurde „(m)it den italienischen Vertriebenenverbänden (...) eine künftige Zusammenarbeit vereinbart“, berichtet der DOD: „Insbesondere soll eine Mitarbeit am Zentrum gegen Vertreibungen stattfinden.“

Die revanchistische Internationale schreitet voran.

jk (nach DOD 3/2005) ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Der Holocaust als „jüdische Ersatzreligion"

Nation & Europa, März 2005

Der 8. Mai, der Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, der anlässlich seiner 60. Wiederkehr in diesem Jahr mit einer Vielzahl von Veranstaltungen begangen wird, ist für Neonazis ein doppelt bitteres Datum. Zum einen erinnert er immer wieder an die historische Niederlage ihrer politischen Vorbilder, zum anderen erschwert die Erinnerung an die faschistischen Verbrechen die Versuche der Neofaschisten, politisch erfolgreicher als bisher Fuß zu fassen. Grund genug für die Redaktion von „Nation & Europa" sich in ihrer Märzausgabe schwerpunktmäßig der Gedenk- und Erinnerungspolitik zu widmen.

Bereits das Titelbild macht deutlich, worum es geht: Unter einem Bild der Holocaust-Gedenkstätte in Berlin mit ihren Betonstelen und den dazwischen verlaufenden Gängen wird, signalrot gedruckt, die (rhetorische) Frage gestellt: „Im Labyrinth ewiger Schuld?". Das Wort „ewiger" ist schwarz gehalten, um es besonders hervorzuheben.

Den Reigen der Autoren, die sich bemühen, die Naziverbrechen zu relativieren eröffnet N&E-Herausgeber *Harald Neubauer*, für den der deutsche Faschismus eigentlich gar nicht existierte: „Die herrschende Klasse hat sich praktisch auf ein einziges ‚Argument' zurückgezogen: Hitler. Immer wieder Hitler. Damit schlägt sie jeden nieder, der ihr in die Quere kommt. Besonders gut klappt das in einem Gedenkjahr, in dem sich die deutschen Katastrophen-Ereignisse der jüngeren Geschichte bildmächtig vor die politische Gegenwart schieben lassen. Jeder Funktionär der Bundestagsparteien ist heilfroh, wenn er nicht über Hartz, sondern über Hitler diskutieren darf, über Auschwitz, nicht über sechs Millionen Arbeitslose".

Auschwitz scheint von „Funktionären der Bundestagsparteien" erfunden worden zu sein, 6 Millionen ermordeter jüdischer Menschen werden aufgerechnet gegen sechs Millionen Arbeitslose. Natürlich vermeidet Neubauer das Wort von der „Auschwitzlüge". Er braucht es aber auch nicht benutzen, der Großteil seiner Leser(innen) weiß auch so, was gemeint ist.

Ähnlich wie Neubauer argumentiert *Hilmar Gerber*, der Verfasser des zentralen Beitrages zum Heftthema.

Erster Schritt: „Politik und Massenmedien stehen... vor einem Problem. Wie kann man die NS-Vergangenheit weiterhin tagespolitisch instrumentalisieren, wenn sich fast niemand mehr persönlich angesprochen fühlt?".

Zweiter Schritt: Der Holocaust ist eigentlich etwas Normales. „Kein englischer Journalist würde heute schreiben: ‚Dresden ist unser Brandmal.' Kein Politiker in Moskau käme auf die Idee, Stalins millionenfache Morde auch nur im entferntesten dem russischen (oder georgischen) Volk anzulasten. Kein US-Präsident würde in die irakische Hauptstadt reisen, um dort vor den Nachfahren gefolterter Häftlinge zu bekunden: Abu Ghraib ist Teil der amerikanischen ‚Identität'."

Dritter Schritt: Den Juden geht es um deutsches Geld. „Warum das in Deutschland anders ist? Weil hier die sogenannte Vergangenheitsbewältigung von finanziellen Spekulationen... begleitet wird. Nur ein Volk, das sich zutiefst schuldig oder verantwortlich fühlt, zahlt jahrzehntelang Wiedergutmachung in astronomischer Höhe. Davon leben auf dieser Welt Millionen von Menschen".

Auch N&E-Redakteur *Karl Richter* nimmt sich des Themas an, dem er sieben Seiten widmet – ein für die Zeitschrift untypisch langer Beitrag. Sein Titel: „Die ‚Holocaust'-Keule". Richters Aufsatz ist an Demagogie und Perfidität nur schwer zu übertreffen:

„Solange es Juden gibt, haben sie ein Problem mit ihrer Umwelt. Daran ist nicht nur der ‚Antisemitismus' der Nichtjuden ... mindestens im gleichen Maße der Exklusivitätsanspruch der Juden selbst".

Der Holocaust als ein Problem der Juden mit ihrer Umwelt, an dem sie außerdem auch noch selbst Schuld haben. Aber es kommt noch schlimmer: „Ethnische Exklusivität ist machbar. Man muß nur wollen. Die Juden wollten. Daß sie bei anderen Völkern damit immer wieder auf Vorbehalt stießen, steht auf einem anderen Blatt".

Richter ist allerdings nicht der Meinung, dass es den Juden nur ums Geld gehe. Er sieht noch einen anderen Grund für das Wachhalten der Erinnerung an den Völkermord: Jenseits der materiellen und juristischen Ebene hat der ‚Holocaust' mittlerweile aber noch eine andere, ungleich problematischere Facette: Er fungiert... als jüdische ‚Ersatzreligion', als säkulare Zivilreligion angesichts schwindender Prägekräfte der Orthodoxie.... Die Live-Übertragung der Gedenkfeier aus Auschwitz hatte kaum kaschierten Gottesdienstcharakter. Im Mittelpunkt: jüdisches Leid, das Brandopfer auf dem Altar der Geschichte, mithin: die Juden als Messias unter den Völkern.... Es ist die Wiederkehr des alten Auserwähltheitsanspruchs, nunmehr im säkularen, im geschichtlichen Gewand".

Im letzten Drittel gibt Richter eine Art ideologischer Marschroute vor, es geht um das Besetzen von Begriffen:

„Der ‚Holocaust' ist tatsächlich... kein markenrechtlich geschützter Begriff.... Mehr noch: Da der ‚Holocaust'-Begriff jahrzehntelang zu sehr realen, ‚gegenwärtigen Zwecken' (Martin Walser) instrumentalisiert wurde, ist es höchste Zeit, ihn als Kampfbegriff unbrauchbar, zumindest aber ambivalenter zu machen". Genau diesen Zweck sieht Richter mit den Reden der sächsischen NPD-Landtagsabgeordneten Apfel und Gansel und dem Begriff des „Bomben-Holocausts" als erfüllt:

„In die bundesdeutsche Geschichts- und Symbolpolitik ist Bewegung gekommen. Dank der NPD-Wortergreifung im Sächsischen Landtag ist das Spektrum der Meinungen und Standpunkte im öffentlichen Raum um interessante Facetten reicher geworden".

Antifaschist(inn)en können da leider, auch wenn sie Richters Wertung natürlich nicht teilen, kaum widersprechen. Um so mehr kommt es darauf an, den Neonazis ihre „Tabubrüche" immer schwerer und letztendlich unmöglich zu machen.

tri ■